

Bezugspreis monatl. Bloß  
bei der Geschäftsstelle 35 Gr.  
in den Ausgabestellen 37 Gr.  
durch Zeitungsketten 38 Gr.  
durch die Post 35 Gr.  
auschl. Postgebühren  
ins Ausland 6 Gr.  
in deutscher Währg. 5 R.-M.

Fernsprecher 6105. 6275.  
Tel.-Adr.: Tagblatt Posen.

# Posener Tageblatt

(Posener Worte)

Postkonto für Polen  
Nr. 200283 in Posen.

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Postkonto für Deutschland Anzeigenpreis: Petitzelle (38 mm breit) 45 Gr.  
Nr. 6184 in Breslau.Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Ausspernung hat der Bezieher  
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

## Reaktion.

### Eine Betrachtung über die englische Außenpolitik.

Die historische Bedeutung der Übernahme der Regierungsmacht in England durch die konservative Partei beginnt in ihren Konturen sichtbar zu werden. Der Schwerpunkt der konservativen Bestrebungen ruht auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Im Innern ist von einer reaktionären Orientierung der Regierungspolitik nicht viel zu merken, in der Außenpolitik ist die Revivierung der von Mac Donald aufgestellten Richtlinien dagegen offenkundig. Die Reihenfolge der Ereignisse, in Ägypten, der Aufstand in Albanien, die Rückräumung Kölns, die Patronanz über die antibolschewistischen Allianzen auf dem Balkan und im Baltikum, das ist in ihrer Zusammenfassung die konservative Reaktion an sich, die weit hinter Mac Donald und Lloyd George, nachgerade zu Gladstone zurückführt: zurück zur Heiligen Allianz.

Die Verlängerung der Besetzung von Köln ist in ihrer Bedeutung von allen Gesichtspunkten bereits gewürdigt worden. Weniger klar erkenntbar ist die Tatsache, daß England auf der jüngsten Finanzkonferenz in Paris durch seine Zustimmung zu dem Verteilungsschlüssel, der die Kosten der Ruhrbesetzung auf das Konto der Reparationsansprüche schreibt, implizite die Machtmaßnahmen der Ruhrbesetzung anerkannt hat. Nicht zu unterschätzen ist ferner die Tatsache, daß nunmehr auch Amerika in das System des Versailler Vertrages eingetreten ist. Wo Geld winkt, schweigen die Bedenken. Hinter den Zahlen und Artikeln der Pariser Finanzkonferenz hat die Politik der englischen Regierung, die es bisher immer vermieden hat, sich auf die Frage der Deckung der Kosten des Ruhrabenteuers einzulassen, den Weg zurück nach Versailles eingeschlagen.

Aber diese Politik geht noch weiter. Sie führt nicht nur zurück zum Gewaltfriedensvertrag, fernab von der im Sommer 1924 angebahnten Verständigung, sondern sie löst auch wieder den schwachen Keim ab, der neben allem Recht und aller Gewalt im Versailler Vertrag enthalten ist, den Keim eines neuen Völkerrechtes. Mac Donald hat den Versuch gemacht, die toten Buchstaben vom Völkerbundpakt, die fast in Vergessenheit geraten waren, zu beleben, um aus dem Völkerbund ein Instrument des Friedens zu machen. Bis dahin war er nichts gewesen als ein düstiges Feigenblatt für die brutale Gewalt der Sieger, allenfalls der Deckmantel für ein gutes Geschäft, hinter dem die internationale Hochfinanz Staaten sanierte und Völker ausbeutete, Anleihen gewährte und — Zinsen nahm. Der Versuch, aus dem Völkerbund eine Friedensinstitution für die Zukunft zu machen, nahm Form und Gestalt an in dem bekannten Genfer Schiedsgerichtsprotokoll. Auch in dieser Hinsicht bewegt sich die Londoner Politik nach rückwärts. Die konservative Regierung wird das Genfer Protokoll nicht unterzeichnen. Die darin vorgesehene Abrüstungskonferenz entschwindet in nebelhaften Fernen. Das internationale Haftrecht wird in vollem Umfang wieder in alten Ehren eingezogen. Schon liegen auf dem Umweg eines Vertrages zur Sicherung der Neutralität Belgiens Anzeichen für eine neue englisch-französische Allianz vor. Dadurch aber würde der Weg zu den alten Bündnispolitiken neuerlich eröffnet, mit anderen Worten die Rückkehr zu den Systemen der Vorkriegszeit wäre gesichert.

Es ist nicht ganz genau zu übersehen, wie weit die englische Politik in Ägypten und im Orient auf einem Tauschgeschäft mit Frankreich in Westeuropa zurückzuführen ist. Abgesehen von den Gewaltaktionen, welche das angelsächsische Großkapital in Ägypten und Albanien verursacht hat, um einen fetteren Profit zu sichern, die wahre englische außenpolitische Orientierung äußert sich in den nicht ganz erfolglosen Versuchen der Herstellung einer antibolschewistischen Einheitsfront, die nach den Wünschen in London von Rom über Valona, Belgrad, Sofia, Bukarest, Warschau, Riga, Reval bis Helsingfors aufgerichtet werden soll. Es besteht gar kein Zweifel mehr darüber, daß alle diesbezüglichen Beratungen, Verhandlungen und Konferenzen auf den Eindruck Englands zurückzuführen sind. Gewiß, der Zustand der Unruhe im Osten wird zweifellos auch durch den russischen Imperialismus und dessen unaufrichtiges Instrument, die dritte Internationale, verschärft. Hinter der englischen Politik steckt aber noch mehr als die bloße Angst, Russland könnte dem einen oder anderen schwächeren Nachbarn das Schicksal Georgiens bereiten. Im Grunde handelt es sich hier um den großen Entscheidungskampf zwischen dem englischen und russischen Imperialismus, zwischen dem angelsächsischen Großkapital und dem Bolschewismus, der da vorbereitet wird und zu dem die kleinen Völker, die das Geschick an die geographische Scheidungslinie gestellt hat, das Kanonenfutter abgeben sollen. Es ist der alte Streit um den Bosporus und um das Petroleum, um den freien Weg nach Indien und China. Dazu gesellt sich das drohende Gespenst der „Bauernbefreiung“, das vom Osten her sein fahles Amtshilf blicken läßt. Damit aber erhält die englische Außenpolitik eine Richtung zur sozialen Reaktion, wie sie sich in so ausgesprochener Weise in Europa nicht einmal vor dem Weltkrieg geäußert hat. Den Völkern des Westens, die 1789, 1830 und 1848 ihre Bauernbefreiung

erlebt haben, ist die internationale Bedeutung dieses wichtigen sozialen Problems wenig geläufig. Dadurch, daß sich England als Sohn der bestehenden Verhältnisse gebärdet, kann Europa in Wirren ohnegleichen verwirkt werden. Der Wahnsinn dieser Politik ist nur erklärbare durch die Angst vor dem unvermeidlichen Zusammenbruch der englischen Weltmachstellung in den Formen des 19. Jahrhunderts, die den englischen Konservativen den Schlaf raubt.

Der neue Wojewode von Stanislau. — Wo würde an die Adresse des Innenministers Ratajski. — Die Rechtspresse protestiert gegen die „Parteirücksichten“. — Der „Kurier Poznański“ droht wohlwollend aber deutlich. — Vorbereitungen zu einer Regierungskrise?

Als der Posener Stadtpräsident, Herr Ratajski, den Posten des Innenministers antrat, war er nicht genau davon überzeugt, daß er länger als ein halbes Jahr Innenminister sein würde. Er hat aus diesem Grunde auch nur einen Urlaub von 6 Monaten beantragt. Eine ganze Reihe von Wochen hat man von ihm außerlich wenig gehört, dafür soll er im Stile recht energisch tätig gewesen sein. Nun macht sich seit einigen Tagen in der alträufigen Rechtspresse des nationalen Volksverbandes eine Bewegung bemerkbar, die beinahe einer Abwehrfront gleichzustellen ist und die nur auf ein Signal zu warten scheint, um zu einem Angriff geschlossen übergehen zu können.

Ganz plötzlich greift auch die Posener Rechtspresse, unter ihnen der führende „Kurier Poznański“, in die Debatte ein, und wenn auch die Stimme noch nicht warnend sein soll und ziemlich in Mitleid gehalten ist, wenn man auch wohlwollend noch zu dem ehemaligen Stadtoberhaupt Posens hinschreibt, so kann man doch nicht nicht gehen, wenn man hinter diesen Molläden in Posen, nicht anders als eine Drohung erblickt, die an die Adresse des Innenministers gehen soll, in tieferem Sinne jedoch der ganzen Regierung Grauski gilt.

Das Kriegerpiel ist nicht beendet. Es werden nur auf stillerem Wege neue „Gründe“ gesucht, um plötzlich aus dem Busch zu brechen und der Partei wieder an die Spitze zu helfen. Es sieht recht niedlich aus, wie der „Kurier Poznański“ nunmehr mit tiefer und leutseliger Stimme von der mafiosen Gerechtigkeit erzählt, die die Minister leiten muß, wenn er davon spricht, daß die Partei nicht über das Wohl des Landes gestellt werden dürfe. Es muß immer wieder bedacht werden, daß diese Worte von demselben „Kurier“ stammen, der nur die Partei und nur seine Partei allein für diejenige hält, die berufen ist, die Helden zu stellen, die oben auf der Schanze zu stehen haben, das flatternde Parteipanier in der Hand. Nicht deshalb, weil Herr Zapala keine „Rechtsstudien“ hinter sich habe, wird er bekämpft, sondern darum, weil er der A. P. R. angehört. Deutlich kann man dies aus den Randbemerkungen herauslesen.

Herr Minister Ratajski, der sicherlich aus besonderen Motiven heraus gedankt hat, weniger aus Parteirücksichten, denn das hat er nicht zu beachten, weil er selber kein eigentlicher Parteimann ist, wird nunmehr die Art am eigenen Beibe zu spüren bekommen, mit der man sich im politischen Kampfe zu vergiften trachtet. Uns kann an sich der Ausgang dieses Parteizwistes zwischen Thugutt und dem Nationalen Volksverband gleichgültig sein, was uns jedoch interessiert, das ist die handgreifliche Tatsache, daß unsere Rechte wieder von neuem zum Sammeln und Blättern auf den geeigneten Moment wartet, um mit schmetternden Trompeten und gesenkter Lanze aus dem Busch zu brechen. Man sieht sich bereits mit fliegenden Fahnen und wehenden Helmstücken als Sieger oben an der Spitze, auf die man als Krone einstens einen Herrn Kucarski gestellt hat. Es ist nicht zu bezweifeln, daß ein solcher Sieg zwar ein schönes Schauspiel wäre, aber — „ach ein Schauspiel nur!“

Herr Grabški steht vor neuen, schwereren Gefahren, als er je gestanden hat. Wer die nachstehende Zusammenstellung liest, wird herausfinden, daß ihm diese gefährliche Waffe direkt vor den Augen blinkt. Herr Ratajski, der an energetischer „Aktibilität“ aufgefordert werden soll, gilt diesen Parteien nur als Werkzeug zu einem besonderen Streich. Es ist nur fraglich, ob er sich so ohne weiteres in dieses offensichtlich zu durchschauende Spiel hineinzutzen lassen wird.

Im „Kurier Poznański“ ist unter der Überschrift „Wer ist wirklich Innenminister?“ zu lesen:

Das Lemberger „Słowo Polskie“, das von Dr. Stanisław Grabški, dem Bruder des Ministerpräsidenten, redigiert wird, hat in seiner vom 26. Januar unter dem Titel „Verwaltungspolitische Sonderlichkeiten“ einen Beitrag veröffentlicht, der Interesse verdient. Das erwähnte Organ setzt sich mit den Grundlagen auseinander, die in der inneren Verwaltung des Staates angewandt werden mühten, und schreibt folgendes:

Einer dieser Kardinalgrundsätze ist das Postulat, daß die Staatsverwaltung, wenn sie schnell und zweitmäßig arbeiten soll, auf ihren niederen Sprossen, also außer den Ministern, die im parlamentarischen System in der Regel politische Figuren sind und sein müssen, nicht abhängig sein darf von politischen Konjunkturen und noch weniger von zeitweiligen Partei- und Parlamentskombinationen.

Leider hat sich in den letzten Tagen etwas ereignet, was diesen Grundsatz mit einer Verleugnung in einer Weise bedroht, daß jeder, der einigermaßen Rechtsempfinden besitzt, von Entsetzen und Entrüstung ergriffen wird.

Wir denken hier an die „Krise“, in die plötzlich mir nichts dir nichts der Posten des Wojewoden von Stanislau hingezogen worden ist.

Wie unser Warschauer Berichterstatter vor einigen Tagen meldete, verpflichtete sich Ministerpräsident Grabški in der Zeit der letzten Krise der Nationalen Arbeiterpartei gegenüber, den Arbeitsinspektor in der Wojewodschaft Pommerellen, Herrn Zapala, für den Unterstaatssekretärposten im Arbeitsministerium zu begünstigen. Diese Kandidatur fiel jedoch infolge der Opposition der Sozialistenpartei, weshalb sich die Regierung verpflichtete, Herrn Zapala zum Wojewoden zu machen. Man mußte also einen Sündenbock finden, der jenem neuen Benjamin der Regierung Platz mache, und man fand ihn in der Person des Wojewoden von Stanislau. Minister Ratajski machte Herrn Jurkowsky den Vorschlag, an „demissionieren“.

Kann man sich vom Standpunkt einer ordnungsmäßigen und vernünftigen Staatsverwaltung etwas Ungeheuerliches denken?

Indem das „Słowo Polskie“ dann die Stellung der Wojewoden in Polen als Staatsbeamte mit sehr spärlicher Dotierung und geringem Einfluß charakterisiert, sagt es über das Thema des Wojewoden an sich u. a. folgendes:

„Er soll nur ein guter, energetischer und unparteiischer Administrator sein. Nichts weiter. Die Politik und die Parteihändel dürfen ihn nichts angehen. Beide traktieren Polen an

einer solchen politischen Überwucherung und Politomanie, daß auch die Wojewoden ganz unnötig in den Wirbel der laufenden Politik hineingezogen werden. Übrigens nicht nur sie allein. Bei uns „demissioniert“ irgend ein Ministerreferent, oder er wird dazu gezwungen, wenn es irgend einem einflussreichen Sejmversammlungsredner gefällt.“

Das Lemberger Organ bespricht dann die Demission des Herrn Jurkowsky, dem gegenüber als Person sich die Redaktion des „Słowo Polskie“ ganz gleichgültig verhält, und schreibt:

„Hat die Regierung Herrn Jurkowsky etwas vorzuwerfen? Absolut nichts. Im Gegenteil, sie schätzt seine Tätigkeit; denn sie hat ihm doch eben unlängst einen hohen Orden verliehen. Und wer ist Herr Zapala? Hat er Rechtsstudien hinter sich und Verwaltungspraxis? Ist er einem so verantwortungsvollen Posten gewachsen? Kennt er Ostgalizien und seine schwierigen staatspolitischen Probleme? Nichts dergleichen. Herr Zapala besitzt keine Qualifikationen, außer daß er Karriere machen will und daß ihm die Nationale Arbeiterpartei dabei hilft, die infolge unserer ungefundnen parlamentarischen Verhältnisse auf die Regierung einen Einfluß hat, die ihre Kraft erheblich übersteigt.“

Wenn Wojewoden bei uns schlimmer behandelt werden als Bediente — denn man entfernt sie nach jedwedem Gutdünken sogar ohne vierzehntägige Kündigung (und es ist nicht der erste Fall; denn ebenso verfuhr man mit Herrn Grabowski in Lemberg) —, soll man da von ihren Arbeitseifer, aufopfernden Dienst, systematische und gut ausgearbeitete Tätigkeitspläne verlangen können, wenn sie des Tags und der Stunde nicht sicher sein können, da sie nicht wissen, ob nicht am anderen Ende der Republik irgend ein Postenjäger erscheint, dem es gefällt, ihn aus dem Sattel zu heben? Mit solchen mechanischen Methoden muß es endlich einmal ein Ende haben.“

Die „Warszawska“ (das Organ des Abg. Stanisław Stronacki) schreibt in ihrer Nummer vom 1. d. Ms. in dieser Angelegenheit folgendes:

„Die Sache ist in der Tat ernsthaft und sehr gewissenhaften Nachdenken wert. Leitende verwaltungspolitische Posten von Ministern und zum Teil von Unterstaatssekretären müssen in erheblichem Maße von politischen Einflüssen abhängen, schon wegen der ständigen Führung mit politischen Faktoren. Aber die Führung des Parteizwistes in die Besetzung der Wojewodenposten in bösartig greifbarer Weise wäre eine folgenschwere Neuordnung. In den letzten Tagen sprach man eben im Zusammenhang mit dem Stanislauer Schritt in höheren Beamtenkreisen davon, daß es besser wäre, sich eine festere Stellung zu sichern, denn ein hohes Staatsamt, wenn auch schon diese Amter ein Gegenstand der Beuteteilung unter den Parteien werden.“

Die Unlust zu dieser oder jener Partei kommt hier nicht in Betracht. Als Herr Grabowski, der Führer der Nationalen Arbeiterpartei, den Posten des Wojewoden von Podlarien übernahm, wurde dies mit allgemeiner Anerkennung aufgenommen

angehts der zweifellosen Fähigkeiten dieses hervortragenden Staatsbeamten. Wenn sich ein zweiter Grabowski gefunden hätte, der ebenso geeignet gewesen wäre, dann hätte man nicht an den Parteizwist gedacht, selbst wenn er mehr Lücken öffnete, als solchem Schlüssel zuläuft. Da jedoch Herr Zapala durchaus nicht auf juristisch-verwaltungstechnischem Gebiete vorbereitet ist — was für diesen Posten unbedingt nötig ist —, ist die Sache ungemein, um so mehr, als die Wojewodschaft von Stanislau die größte Anzahl zu kleinischer (ukrainischer) Bevölkerung besitzt und insgesamt besonders Erfahrung ausbaute und möglichst erfordert.“

Hierzu bemerkt nun der „Kurier Poznański“: Diese warnenden Stimmen zweier bedeutender Organe, getragen von austifteriger Sorge um das Staatsinteresse und ganz frei von parteilichen Merkmalen, sind leider wirkungslos geblieben. Denn, wie wir gestern aus den Telegrammen erfahren, ist Herr Zapala bereits zum Wojewoden von Stanislau ernannt worden.

Das alles steht nach einem unverständlichlichen Ereignis aus. Das, was das „Słowo Polskie“ und die „Warszawska“ über die Qualifikationen oder besser über den Mangel an Qualifikationen bei Herrn Zapala schrieben, entspricht ganz der Wahrschau.

Herr Zapala war doch Beamter in Posen im Ministerium des ehemals preußischen Teilstaates. Daher kennen auch wir ihn gut. Dem Herrn Minister Ratajski muss Herr Zapala aus seiner Posener Zeit ebenso gut bekannt sein wie uns, daran zweifeln wir nicht. Trotzdem aber „proponierte“ gerade Herr Minister Ratajski, zu dessen Ressort diese Angelegenheiten gehören, wie schon seinerzeit die Telegramme melbten, dem Wojewoden Jurkowsky die Demission, indem er die Wojewodenposten Stanislau für Herrn Zapala bestimmt. Und was noch mehr ist: Wie wir aus bestätiger Quelle wissen, sollte der Wojewodenposten Herrn Zapala um jeden Preis gesichert werden. Und so dachte der Herr Minister Ratajski (um Neujahr) daran, Herrn Zapala zum Wojewoden von Podlarien zu ernennen! Die Sache mit dem Wahl der Nationalen Arbeiterpartei mit dem Premier Grabški und dem Minister Jurkowsky entspricht ebenfalls der Wahrheit.

Doch nun stellte der Herr Minister Ratajski, indem er diesen Wahl berücksichtigte, sich vor, daß er bei dieser ganzen Sache sprichwörtlich die Hände in Unschuld waschen könnte, da die moralische Verantwortung für die Hände in Unschuld waschen könnte, da die moralische Verantwortung für die Ernennung des Herrn Zapala der Premier Grabški und der Minister Jurkowsky trügen.

Eine solche Vorstellung ist indessen entschieden irrig. Denn Herr Ratajski ist, ebenso wie jeder andere Minister, nämlich in wichtigen Fällen, wie es die Wahl passender Männer für sein Ressort ist voll verantwortlich, und nicht nur dann, wenn er sich zu dieser Verantwortung benennt. Gerade bei der Ernennung des Herrn Zapala ist der Grad der Verantwortung des Herrn Ministers Ratajski um so größer, als, wie wir erwähnen, der Herr Minister Herr Zapala bestimmt aus seiner Posener Zeit lernt und sehr wohl weiß, daß er genügende Qualifikationen für einen Wojewoden nicht besitzt. Freilich kennen wir Mitglieder der Nationalen Arbeiterpartei, die der Meinung sind, daß die Zugehörigkeit zu dieser Partei gleichbedeutend sei, mit dem Besitz von

Einzelheiten 15 Groschen mit illustrierter Beilage 30 Gr.

# Die Entscheidung im Danziger Konflikt.

Der Hohe Kommissar über die Rechte des Transitpostamts.

Die Polnische Telegraphen-Agentur bringt den Wortlaut der Entscheidung des Hohen Kommissars des Völkerbundes in Danzig, Mac Donell, in der Gelegenheit des Postkonflikts. Danach lautet die Entscheidung folgendermaßen:

a) Der Post-, Telegraphen- und Telephondienst, den die polnische Regierung nach den Art. 29 und 30 der Pariser Konvention einzurichten das Recht hat, bestimmt ein Amt im Danziger Hafen. Dieses Amt ist dasjenige, das der polnischen Postverwaltung auf dem Hafenplatz zuerkannt wurde.

b) Die Kommunikationen und Verbindungen dieses Dienstes aus den Gebieten der Freistadt Danzig nach Polen und zurück müssen von dem unter dem Buchstaben a erwähnten Gebäude aus nach dem oder den gewählten Orten auf dem polnischen Territorium gehen, und keine Sendungen über Post-, Telegraph- oder Telephonmaterialien können auf diesem Wege empfangen oder herausgegeben werden, mit Ausnahme des unter dem Buchstaben a erwähnten Gebäudes. Unter dem Wort „empfangen“ und „herausgeben“ wird der Empfang oder die Herausgabe mit allen anwendbaren Mitteln verstanden, und es wird kein Unterschied gemacht zwischen deutschen technischen Postausdrücken.

c) Der Gebrauch von Briefstücken außerhalb der Grenzen des oder der unter dem Buchstaben a erwähnten Gebäude, der Empfangs- und Ausgabedienst durch Briefträger in irgend einem Teil des Territoriums der Freistadt ist unzulässig und widerspricht der Entscheidung vom 25. Mai 1922.

d) Das unter dem Buchstaben a erwähnte Amt ist nicht dazu bestimmt, sich jeglicher Briefe anzunehmen, die irgendwo im Territorium Danzigs durch polnische Bürger oder Einwohner der Freistadt Danzig nach Polen oder dem Ausland geschickt werden, sondern ist dazu bestimmt, polnischen Amtmännern, die im Danziger Gebiet legal gegründet worden sind, ihre Sammlung und direkte Absendung nach Polen oder dem Ausland von diesem Postamt aus und von keiner anderen Stelle zu erleichtern, und auch dazu, sich mit Sendungen zu befassen, die auf dem Transfere von Polen über den Danziger Hafen nach überseeischen Ländern und umgekehrt gehen.

e) Die Paragraphen 1 und 2 des Abkommens vom 19. April 1923, die das Verteilungsdiktat und das Abkommen vom 29. August 1924, das Schiedsamt für überseeische Sendungen im Hafen betrifft, bleibt durch vorliegende Entscheidung unverändert.

Das Pressebüro des Danziger Senats hat, wie die Poln. Telegraphen-Agentur meldet, im Zusammenhang mit der Entscheidung Mac Donells folgendes Kommunikat veröffentlicht:

„Da die polnische Regierung den polnischen Postdienst in Danzig unter Übergehung des Schiedsweges in der Streitfrage er-

öffnete, hat die Regierung der Freistadt Danzig, zwecks Wiederherstellung des status quo ante noch vor Einleitung des Schiedsverfahrens die sofortige Entfernung der Briefstätten, Briefträger und ebt. anderer außerhalb des Gebäudes auf dem Gewerbeplatz geschaffener Posteinrichtungen zu veranlassen. In der Angelegenheit des obigen Antrages der Freistadt Danzig ist im Völkerbund ein besonderes Verfahren im Gange, unabhängig von der gegenwärtigen Entscheidung des Hohen Kommissars des Völkerbundes.“

Eine weitere Meldung der Polnischen Telegraphen-Agentur zu der Entscheidung lautet:

„Der Hohe Kommissar des Völkerbundes in Danzig hat heute in der Postangelegenheit eine Entscheidung getroffen, die dahin geht, daß die polnische Post in Danzig ausschließlich für die Korrespondenz polnischer Ämter in Danzig bestimmt ist und nicht das Recht hat, Posteinrichtungen zu unterhalten, außer der Zentrale auf dem Gewerbeplatz. Diese Entscheidung stützt der Hohe Kommissar auf die Interpretation einer früheren Entscheidung des Kommissars, die sich nicht auf die polnischen Posteinrichtungen in Danziger Hafen bezieht, indem er den Verfailler Vertrag und die zwischen den Parteien getroffenen Abkommen, sowie auch die Protokolle zum Warschauer Abkommen übergeht, die eine abweichende Erklärung der Parteien enthalten. Obige Entscheidung hat keine vollziehende Kraft. (!) Polen reicht beim Völkerbund, der die endgültige Entscheidung treffen wird, einen Meikur ein.“

Die Ost-Europäische Korrespondenz (O. E. K.) meldet aus Lemberg vom 24. Januar:

„Eigenbericht. Der Lemberger „Nurjer Nowosti“ bringt einen ausführlichen Artikel über die Vorgeschichte der polnischen Briefstätten in Danzig, worin sich das Blatt beklagt, daß diese zu früh angebracht wurden, die Unternehmung müsse scheitern. Infolge Beistung der Generaldirektion für Post- und Telegraphenwerke in Warschau hätte der Präsident der polnischen Post- und Telegraphenanstalt in Danzig, Dr. Stefanowicz, seit längerer Zeit die Gründung der polnischen Post vorbereitet. Zu der Annahme, daß die polnische Diplomatie nicht nur Frankreich, sondern auch England zu Gunsten der Unternehmung bearbeitet hat, ist vom Dr. Stefanowicz im Einvernehmen mit dem Kommissar Polens in Danzig die Gründung der Post für den 5. Januar nachts beschlossen worden. Im letzten Augenblick aber, als die Arbeiter mit Briefstätten in den Straßen herumschlichen, ist von der Generaldirektion in Warschau an Dr. Stefanowicz ein Telegramm angelangt, daß die Postgründung erst am 15. Januar vertraulich am Hafenplatz stattfinden solle, da diplomatisch noch nicht alles fertig sei. Das Telegramm ist zu spät gekommen, das Postamt war bereits eröffnet. Vor Aufregung, daß der Plan am früh enthalten wurde, ist Dr. Stefanowicz schwer erkrankt.“

Der Prozeß erst begonnen hätte. Auch die deutsche Sejmfraktion hat ja interpelliert und gefragt, warum denn diese Prozeß nicht endlich zur Verhandlung kommen. (Siehe Interpellation vom 12. 12. 24 „Pos. Tgl.“ Nr. 292 vom 19. 12. 25.)

## Republik Polen.

Vom Senat.

Der Senat nahm gestern in dem vom Sejm beschlossenen Wortlaut die Novelle zum Tabakmonopolgesetz an, die das Gesetz auch auf die Bureauangestellten in den gelauften Fabriken und Anstalten erweitert, ferner die Novelle zum Gesetz über die Besoldung der Staatsbeamten.

Senator Szarski von der Christl. Demokratie referierte über das Ratifizierungsgeges zum Vertrag über die Konsolidierung der amerikanischen Schulden. Bei dieser Gelegenheit dankte der Referent im Namen des Senats dem Volke der Vereinigten Staaten von Nordamerika für die Beweise so ehrenvoller Freundschaft und wünschte ihm glänzende Erfüllung zum Glück der Menschheit. Das Gesetz wurde einstimmig angenommen.

Senator Bielański vom Nat. Volksverband referierte über das Gesetz über die Einquartierung von Truppen zu Friedenszeiten. Er betonte, daß seit langem kein Gesetz eine solche Regelung in der Bevölkerung hervorgerufen habe, als eben dieses. Der Referent sprach die Überzeugung aus, daß die Unantastbarkeit der Wohnung, die die polnische Verfassung gewährleistet, durchaus keine Freiheit von jedweden Wohnungsausleihungen für den Staat sei. Die Kommissionen des Senats hätten, um ein Mitverhältnis zwischen Zivilbevölkerung und Militär nicht zu zulassen, den Grundständigen Quartiers abgelehnt. In der vorübergehenden Einquartierung sind Erleichterungen für die Zivilbevölkerung eingeführt worden. Neue Gebäude wurden von der Einquartierung befreit, und um keinen Nächsten zu geben für Leidungen zwischen Wohnungsinhabern und Einquartierten, wurde dem Besitzer der Wohnung das Recht belassen, das Quartierzimmer zu wählen. Zum Schluss bemerkte der Referent, daß das Gesetz eine goldene Brücke werden könnte zwischen der Zivilbevölkerung und dem Militär, wenn die Bevölkerung das Gesetz wohl durchführen würde und die Einquartierten nicht durch ungehöriges Vertragen der Sache Schaden brächten.

Senator Bielański von der Poln. Volkspartei erläuterte als Berichterstatter der Militärkommision ausführlich sämtliche Änderungen, die von den Senatskommissionen im Gesetz eingeführt wurden. Zu den wichtigsten gehört die Einführung einer neuen Institution für den Quartiersteuer, der seine Einfälle u. a. aus der Quartiersteuer schöpfen wird, die zehn Jahre hindurch vom 1. Januar 1925 ab von Wohnungen im Bezirk der Stadtgemeinden gezahlt werden soll. Diese Steuer werden die Organe der Selbstverwaltungsverbände veranlassen und einzutreiben.

## Beschlüsse.

Der Ministerrat sah in seiner Mittwochsitzung eine Reihe von Beschlüssen und nahm u. a. den Gesetzentwurf über die Ausübung der Rentenarbeitsarbeit, über die Amtsprache im Gerichts- und Notariatswesen der Wojewodschaften Posen und Pommerellen und den Gesetzentwurf über den Ausnahmestand an.

## Die Feiertage.

Die Sejmkommission für Arbeitschutz erörterte am Mittwoch Dringlichkeitsanträge der Christl.-Demokraten, des Klubs der Christl.-Nationalen und der Nat. Arbeiterpartei in der Angelegenheit der Feiertagsverordnung. Die Anträge wurden referiert vom Abg. Rudnicki (Nat. Volksverband). Die Kommission beschloß einstimmig die Annahme der erwähnten Verordnung, die darauf beruhen soll, daß die zweiten Feiertage von Weihnachten, Oster und Pfingsten wieder eingeführt werden. Ein Antrag der Christl.-Demokratie der Nat. Arbeiterpartei und des Klubs der Christl.-Nationalen auf Wiedereinführung des Feiertages Maria Lichtmess wurde abgelehnt. In der Diskussion gab Minister Sokal folgende Regierungserklärung ab: Die Verfüzung des Staatspräsidenten erfordert im besonderen einer Enthaltung deshalb, weil die Volksmächte, auf deren Grundlage sie erlassen wurde, nicht ausreichen, um die Angelegenheit der Feiertage in ganzer Ausdehnung zu behandeln. d. h. unter Berücksichtigung der Interessen der Konfessionsminderheiten, der Festlegung der Räte für Nichtbevölkerung der Vorstädte u. dergl. Die Regierung wünscht daß die Angelegenheit der Feiertage für die Zukunft im Wege eines entsprechenden Gesetzes geregelt werde. Die Regierung ist sehr geneigt, sich dem Gesetzentwurf für die Wieder-einführung der 2. Feiertage anzuschließen.

## Der Deutschlandsbundprozeß.

In Beantwortung einer Interpellation der Frau Solnicka und Genossen über die Verzögerung des Strafprozesses gegen den Deutschlandsbund gab der Justizminister die Erklärung ab, so meldet die Presse, daß die Verzögerung durch das riesige Beweismaterial, welches mehrere Riesentände umfaßte, erfolgt sei. Die Beendigung der Untersuchung der Schulden wird sofort die weiteren Verhöre bedingen, die eine Zeit von etwa vier Wochen in Anspruch nehmen werden. Zur Beschleunigung der Verhandlung sollen zwei Richter, der Verhandlungsleiter und der Referent, von anderen Amtshandlungen befreit werden, um sich vorbereiten zu können. (Wann jedoch der Prozeß beginnen wird, war jedoch auch aus den Erklärungen nicht zu erkennen. Zwanzig Monate ist jetzt der Deutschlandsbund geschlossen, der in Polen weit vorsichtiger und viel lohaler aufgetreten ist, als es der Polenbund in Deutschland tun kann, ohne daß er irgendwie behelligt würde. Doch von solchen Wahrheiten spricht man bei uns in der polnischen Presse nicht, und die gute Frau Solnicka, die sich zum „Racheengel“ heraufgesetzt hat, sie hat auch von diesem Polenbund in Deutschland noch „nie“ etwas gehört, der ja ungefähr arbeiten darf, und der immer wieder feststellen kann, daß seine Arbeit vorwärts schreitet. Freilich tun so etwas auch nur die deutschen Barbaren. Das „Belastungsmaterial“, das da in riesigen Wänden aufgeschichtet ist, kann die Deutschen in Polen nicht schrecken, denn dieses „Belastungsmaterial“ wird niemand in der Welt überzeugen, daß so etwas wirklich belastend sein könnte. Und darum können wir mit Ruhe in die Zukunft sehen... Wenn nur

Qualifikationen für jegliche Posten und Ämter, die nur bestehen. Wir erlauben uns aber zu meinen, daß Herr Matajski gerade als Unparteiischer diese Ansicht nicht teilt.

Wir haben Herrn Matajski schämen gelernt und schämen ihn sehr hoch als makellosen Polen, geradezu als Personifizierung der Rechlichkeit, Unparteilichkeit und des bürgerlichen Opfermut. So waren wir denn auch, als er zum Inneminister berufen wurde, nicht nur als Witbürger stolz darauf, sondern auch zugleich als Staatsbürger glücklich darüber, daß man einen so rechten Mann ans Ruder unserer Innenvorwaltung berufen hatte.

Da wir dieses hohe Urteil über Herrn Matajski, das wir bislang von ihm als eines Bürgers von unerschöpferlichem, kristallartigem Charakter für immer bewahren wollen, hielten wir es für unsere peinliche Pflicht, folgende Bemerkungen zu schreiben. Die Angelegenheit der Ernennung des Herrn Japala war hier nicht das entscheidende Moment. Das war nur ein Beitrag unter vielen. Schon mehrmals, bei anderen Gelegenheiten, namentlich in den letzten Tagen notierten wir peinliche Tatsachen, die auf Mechanismus des Inneministers gingen, obwohl sie sich sicher gegen seine tatsächliche Intention oder gar gegen seinen Willen voltrogen. Der Herr Minister Matajski erklärte gleich nach seiner Ernennung öffentlich, daß er in nichts von dem zugleich mit ihm ernannten Minister Thugutt abhängig sein werde; er sagte direkt, daß Herr Thugutt kein Recht haben werde, sich unmittelbar in sein Ressort zu mischen. Der tatsächliche Lauf der Dinge aber zeugt, daß das Gegenteil geschieht.

Und das eben, wir stellen es offen fest, steht und steht in der heutigen Meinung (und wohl auch im übrigen Polen) auf erhebliche Einwände und zugleich auf den Zweifel, ob Herr Matajski wirklich Inneminister ist, oder ob er nur im geringeren oder höheren Maße der Vollstrecker der Weisungen des Herrn Thugutt ist.

Dafür wäre er, wir sagen es aufrichtig, entschieden zu schade.“

## Der deutsch-polnische Handelsvertrag.

(Schluß des Auflasses aus Nr. 27 des „Gaz.“)

Zu dem von den deutschen Publizisten aufgestellten These übergehend, muß bemerkt werden, daß sie durchaus tendenziös und ganz leicht (!) umzustürzen sind.

Die Ausfuhr nach Deutschland ist für die oberschlesische Industrie keineswegs eine Existenzfrage. Die oberschlesische Wohle wird immer mehr in Polen konsumiert und ihr Export nach anderen Ländern nimmt ebenfalls allmählich zu. Was das Eisen betrifft, so haben in der letzten Zeit 80 Prozent der Produktion Polnisch-Oberschlesiens jenseits der Grenzen Deutschlands, das kaum 20 Prozent konsumierte, Abfall gefunden.

Es ist ganz natürlich, daß die Deutschen die Industrie Polnisch-Oberschlesiens zuvor finanziell unterstützen haben. Ob aber jetzt die deutsche Industrie finanziell gehörend unterstützt wird, oder hat sie nicht mit den größten Schwierigkeiten nach dieser Richtung hin zu kämpfen?

Die angeblich heftige Polonisierung der Industrie Oberschlesiens durch die polnische Regierung hat nichts gemein mit der Wirklichkeit, und es kann von Gewalttaten in dieser Richtung überhaupt keine Rede sein. Daß der deutsche Ingenieur langsam nach Deutschland zurückkehrt und ein polnischer Ingenieur an seine Stelle tritt, ist ganz natürlich, da jeder danach strebt, unter eigenem Dach zu wohnen. Artikel 8 der oberschlesischen Konvention sieht vor, daß, wenn seitens der polnischen Regierung Schritte angeordnet werden, die gegen die Grundsätze des Rechts die Freiheit der Gesellschaften und Unternehmen hinsichtlich der Nationalität des Personals oder der Abstammung des Kapitals behindern, Beschwerden an den Völkerbundsrat eingerichtet werden können. Bisher ist aber noch keine solche Beschwerde eingereicht worden, obwohl sich die in Polen wohnhaften Deutschen, wie allgemein bekannt ist, auf anderen Gebieten, wie in der Frage der Kolonien, der Schulen usw., häufig an den Völkerbund gewandt haben.

Zudem die deutschen Publizisten das Datum des 15. Juni als Tag hinstellen, an dem alle Fäden, die beide Teile Oberschlesiens auf wirtschaftlichem Gebiete verknüpfen, zerrissen werden sollen, vergessen sie ganz, daß nach der oberschlesischen Konvention eine ganze Reihe von Fäden und notabene Fäden, die für die deutsche Industrie unendlich wichtig sind, noch für fünfzehn Jahre übrig bleiben. Ich erwähne hier nur das Recht, im Laufe von 15 Jahren von einem Teile Oberschlesiens zum andern ohne Zoll Naturalprodukte einzuführen, wie landwirtschaftliche Erzeugnisse jeder Art, Getreide, Rüben, Kartoffeln, Hopfen usw., sowie die weit gesetzten Grenzen des Veredlungsumsatzes, in dem Deutsch-Oberschlesien die vitalsten Interessen besitzt.

Wenn jemand behauptet, daß Polnisch-Oberschlesien bei den Handelsvertragsverhandlungen jenes Austauschobjekt werden soll, für das Polen teuer zahlen müssen, dann mag er nicht vergessen, daß ein noch wertvollereres Austauschobjekt der deutsche Export nach Polen ist, ein Export, der sehr ausgedehnt ist hinsichtlich der Art der Produkte und sehr erheblich bezüglich des Gesamtvertrags. Wenn einmal, dann werden die Deutschen jetzt nach der Unterzeichnung des Danzigerplanes diesen Export nicht geringabschätzen dürfen, ohne ihre Interessen einer ernsten Erschütterung auszusetzen. Polen dagegen wird sich ohne jegliche Schwierigkeiten mit diesen Produkten in anderen Ländern versorgen können.

Man darf dann auch nicht vergessen, daß Polen nach Deutschland so wichtige Artikel ausführt, wie Getreide, Kartoffeln, Holz, Naphthaprodukte. Der Absatz dieser Produkte in anderen Ländern würde für Polen keine Schwierigkeit bilden, während ihr Gehalt auf dem deutschen Markt wahrscheinlich nicht leicht erfassbar wäre. Was endlich Zins und gewisse Sorten von Fleisch betrifft, so wissen die deutschen Industriellen sehr wohl, daß sie sie nur aus Polnisch-Oberschlesien bekommen können.

Ich gehe jetzt zur Frage des Transits über. Irrig ist die Behauptung, daß Polen für den Transit durch das deutsche Reich genötigt sein werde. Deutschland Transit nach Russland zu gewähren. Solche Behauptung läßt sich nur durch Unkenntnis der Verträge erklären. Sowohl Polen als auch Deutschland sind in definitiver Weise der Konvention von Barcelona über die Freiheit des Transits beigetreten. Danach steht Polen auf Grund der Konvention das Recht des Transits durch Deutschland und Deutschland das Recht des Transits durch Polen zu. Hier muß jedoch mit größtem Nachdruck hervorgehoben werden, daß dieses Recht keineswegs den Transit nach Russland umfaßt, da nach dem Wortlaut der Barcelonner Konvention Russland, das die Konvention nicht unterzeichnet hat, die Bestimmungen nicht genießt. Das Recht des Transits Deutschlands nach Russland ist durch Art 22 des Rigaer Vertrages geregelt, nach dem sich Polen freiheit vorbehalten hat in der Normierung der Bedingungen für Waren deutscher Herkunft, die von Deutschland durch Polen nach Russland oder der Ukraine eingeführt werden. Das ist die Rechtsgrundlage, auf der die Bevollmächtigten Polens und Deutschlands im Juli 1922 den Grundsatz der Verhandlungen in dieser Hinsicht festlegten.

Eine der größten deutschen Organisationen, die an der Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Russland interessiert ist, trat im Herbst vorigen Jahres in ihrem Organ an die deutsche Regierung heran mit dem Verlangen, dem sich nach Moskau begebenden Bevollmächtigten den Auftrag zu geben, von der Sovjetregierung die „Erzwingung“ des Vertrags auf obige Klausur des Rigaer Vertrages seitens der polnischen Regierung zu erwirken. Ich will nicht näher eingehen auf den Gedanken der Erzwingung selbst und erwähne nur das eine, daß, wenn überhaupt jemand in der Politik zu einer solchen Methode greift, er dies nur zu seinem eigenen Vorteil tut, niemals aber zum Vorteil eines Dritten.

Zum Schluß ist folgendes zu bemerken: In Abbruch der geographischen Lage, der Art der Produktivität und endlich des großen Brutes der Wirtschaftsinteressen muß die Zusammenarbeit

## Der neue Vertrag zwischen Russland und Japan.

Der außerordentliche Gesandte der Sowjetrepublik, Adolf Joffe, macht in der "Neuen Freien Presse" in Wien über dieses bedeutungsvolle Übereinkommen folgende Mitteilungen:

„Als die hauptsächlichsten Punkte des Vertrages bezeichnete der Gesandte die Rückgabe der nördlichen Hälften der Insel Sachalin an die Union der Sowjetrepubliken, ferner die Räumung dieser Zone bis spätestens zum Mai dieses Jahres und schließlich die Zuteilung der seinerzeit der amerikanischen Finanzgruppe Sinclair Lektionsweise überlassenen Konzessionen zur Petroleumsgewinnung auf der Insel Sachalin an Japan. Die Einzelheiten dieser wichtigen Konzessionen, die im Vertrage allgemein gefaßt erscheinen, bleiben weiteren gemeinsamen Verhandlungen vorbehalten. Über die Gültigkeit der in Frage kommenden Gebiete stehen derzeit noch keine praktischen Ergebnisse zur Verfügung. Doch scheint es jetzt schon sicher, daß hier Feuerlöscher in Betracht kommt, wie es im Luftschiffsbetrieb zur Verwendung gelangt. Die Parzellierung des Ostatitoriums ist so in Aussicht genommen, daß je 50 Prozent auf jeden der Vertragsteile entfallen werden.“

Der am 20. Januar unterzeichnete „Vertrag“, erklärte der Gesandte, ist das Ergebnis von vier Verhandlungen Russlands und Japans, zu einer Verständigung zu gelangen. Anfänglich, im Jahre 1921, wurden diese Verhandlungen zwischen Japan und der „Republik des fernen Ostens“ geführt, die eine unabhängige demokratische, nichtkommunistische Republik bildete. An diesen Verhandlungen nahm der Vertreter der russischen sozialistischen föderativen Sowjetrepublik (die Union der Sowjetrepubliken bestand noch nicht) nur in der Eigenschaft eines Beobachters teil. Nicht bloß der nördliche Teil der Insel Sachalin, sondern das ganze sogenannte „Primorje“ (das ist das sibirische Ufergebiet am Großen Ozean) und das Amurgebiet, standen damals unter japanischer Okkupation. Das war auch die Ursache des Scheiterns dieser ersten, in Jahren geslogenen Verhandlungen. Die „Republik des fernen Ostens“ fand es unmöglich, zu einem Abkommen mit Japan zu gelangen ohne eine formelle, klare und unweidende Verpflichtung des Inselreiches, die okkupierten Gebiete zu einem bestimmten Zeitpunkt zu räumen.

Seit ich im Jahre 1922 als außerordentlicher Botschafter nach China getreten war, wurden die abgebrochenen Verhandlungen in Tschon-Tchun wieder aufgenommen, und auch bei diesen Verhandlungen trat die unabhängige „Republik des fernen Ostens“ als Verhandlungspartei auf, diesmal jedoch schon gemeinsam mit der Union der Sowjetrepubliken. Die Leitung der vereinigten fernöstlich-sowjetrussischen Delegation wurde mir übertragen. Es handelte sich bei diesen Verhandlungen nicht um den Abschluß eines einfachen Vertrages, sondern um die Erzielung eines sowohl wirtschaftlichen als auch politischen Übereinkommens ungefähr von der Art, wie es das bekannte russisch-chinesische Abkommen vom Jahre 1921 war. Über wesentliche Bestimmungen des russisch-japanischen Vertrages selbst bestanden im Grunde schon damals keine allzu großen Gegensätze mehr. Japan war bereits gewillt, in der Frage, die zum Abbruch der Verhandlungen in Jahren geführt hatte, Zugeständnisse zu machen, und war damit einverstanden, im Vertrage den Zeitpunkt der Räumung des Primorje und des Amurgebietes festzusetzen; in seinem Falle aber wollte es eine gleiche Verpflichtung in bezug auf den nördlichen Teil von Sachalin auf sich nehmen. Da diese Frage für uns eine conditio sine qua non war, scheiterten auch diese Verhandlungen.

Wald danach wurden die „weißen Generale“, die sich unter dem japanischen Protektorat im Primorje und im Amurgebiet aufhielten, entscheidend geschlagen, und der Gedanke einer Verständigung gewann sowohl in Russland als auch Japan dauernde Popularität. Der japanische Gesandte in Warschau, Kawakami, der zu dieser Zeit ganz Russland bereiste und so volle Gelegenheit fand, sich von der Unwürdigkeit der über die Sowjetrepubliken verbreiteten Gerüchte zu überzeugen, teilte seine äußerst günstigen Eindrücke über das neue Russland in einer Reihe von Artikeln in der japanischen Presse dem großen Publikum mit. Dadurch wurden die Beziehungen, zu einer Verständigung mit der Sowjetunion zu gelangen, noch mehr angeregt. Während meines Aufenthaltes in Peking erhielt ich aus verschiedenen japanischen Kreisen Einladungen, nach Japan zu kommen und die Verhandlungen inoffiziell wieder aufzunehmen. Da ich mittlerweile in Tschon-Tchun ernstlich erkrankt war und alle Heilungsversuche stets als erfolglos erwiesen, konnte eine Reise nach Japan, dessen Kurorte im fernen Osten einen verdienten Ruf genießen, für mich zugleich auch Heilzwecken dienen. Unter all den Einladungen, die ich aus Japan erhielt, wertete ich jene des Vicomte Goto am

höchsten. Goto war damals Bürgermeister der Stadt Tokio, und ich lernte ihn als einen der klaren und fähigen Politiker Japans kennen und schätzen. Er war ein Anhänger der russisch-japanischen Annäherung und arbeitete schon zur Zeit des Grafen Witte in dieser Richtung.“

(Schluß folgt.)

## Aus Stadt und Land.

Posen, den 5. Februar.

### Ein Einreiseverbot.

Zu unserem großen Bedauern sind wir genötigt, unsern Lesern mitzutun, daß der geplante Vortragsabend des bekannten Vortragskünstlers, Herrn Senft-Georgi, der am 10. d. Mts., abends 8 Uhr, hier stattfinden sollte, nicht stattfinden kann, da auf Verfügung des Innenministeriums hin dem Künstler die Einreise nach Polen nicht gestattet worden ist. Die bereits gelösten Eintrittskarten werden in der Evangelischen Vereinsbuchhandlung zurückgenommen werden.

Die Verweigerung der Einreise des bekannten Humoristen ist eine Tatsache, die einen Schlag gegen das Deutschtum in Polen darstellt. Wir behalten uns vor, noch einmal auf diese Einreiseverweigerung zurückzukommen und bemerken heute schon, daß es bisher kaum üblich gewesen ist, Künstler die Einreise zu verweigern. Herr Georgi hat in der ganzen Welt gesprochen, seine Fahrten führten ihn nach Spanien, Amerika, Rumänien, der Tschechoslowakei und vielen anderen Ländern. Keins dieser Länder hatte die Einreise verweigert. Die leichte Verweigerung der Einreise für einen im höchsten Grade unpolitischen Künstler von Weltkurs wird wieder zu neuen Missstimmungen Anlaß geben. Es handelt sich um eine Maßnahme, die das deutsche kulturelle Leben in Polen ganz ungewöhnlich hart und schwer treffen kann; deshalb wird sie noch weiterer Erörterung bedürfen, sobald das einschlägige Material vorliegt.

### Stadtverordnetenamt.

Was es in der Stadtverordnetenbildung der vorigen Woche der Vizepräsident Dr. Kiedacz, gegen den wegen des Jubiläumsfares mit der „Gazeta Warszawska“ Sturm gelaufen wurde, so war es gestern Stadtrat Pałuberski, der sich wegen einer Bauangelegenheit zu verteidigen hatte. Während jedoch Dr. Kiedacz damals, von den Nationaldemokraten und der Christlichen Demokratie unterstützt, einen Sieg, zumindest aber einen Waffenstillstand zu verzeichnen hatte, erlitt der Dezerenten der städtischen Baupolizei eine Niederlage, die einem Misstrauensvotum gleichkam. Nach einigen Anfragen des Stadtrats Libera, von denen die letzte nicht gern gehörte, ergriff Vizepräsident Dr. Kiedacz zur Einbringung des Voranschlags für 1925 das Wort.

Er gab einen kurzen Überblick über das Verwaltungsjahr 1924, innerhalb dessen das städtische Beamtenheer von 860 auf 784, also um 76, herabgesetzt wurde, und erwähnte u. a. den Bau von Wohnhäusern, die Ausbevölkerung des Plattenverschiedener Straßen, den Bau eines neuen Verwaltungsgebäudes der städtischen Licht- und Wasserwerke, die Verbesserungen und Anschaffungen im Städtebau, die Förderung der Posener Messe, die günstige Entwicklung der Bank Miasta Poznania, die Neuerungen in der Gasanstalt, den Grundstücksstausch mit dem Militärfistus usw. Dann führte er einige Bitten aus dem Haushaltvoranschlag an und zog proportionale Vergleiche zwischen einzelnen Positionen jetzt und vor dem Kriege.

Der optimistisch ausschlingende Rede des Vizepräsidenten Dr. Kiedacz folgte die Überweisung des Haushaltvoranschlags an die Kommission.

Eine längere Aussprache verursachte Punkt 5 der Tagesordnung, der die

### Wahlen zur Straßenbahnkommision

befaf. Ohne Unterschied auf die Parteizugehörigkeit wurde Klage geführt über die geringe Beteiligung der Straßenbahner, die in der Anfangszeit noch nicht 100% erhalten sollen. Den Auftrag zur Debatte gab Stadtrat Budziszki von den Nationaldemokraten, was auf der Linken begreiflicherweise Mißfallen erregte, und vom Stadtrat Sniady, dem Führer der Sozialdemo-

riktig ist. Nur allein fürchte ich mich, falls mein Plan doch mißlingt. Ich habe solche Angst vor ihm . . .

Nun fühlte er nur noch Mitleid mit der weinenden Frau. „Ich bin in fünf Minuten bereit.“ versprach er hastig. Er winkte Uschi mit den Augen, mit ihm zu kommen. Sie gingen in ihr Schlafzimmer. Uschi wie in einem bösen Traum. Udo in einem unbehaglichen Gefühl.

Diese Reise, wenn sie auch nur von heute bis morgen dauert, kommt mit sehr ungelegen,“ sagte er. „Sei nicht traurig, daß Du heute nach allein bleiben mußt, Kleines, es läßt sich ja nun nicht ändern. Und morgen mittag bin ich wieder bei Dir.“

„Du wirst nicht mit Ruth Carini fahren, Udo,“ erklärte Uschi leise, aber sehr bestimmt. „Ich will es nicht. Wenn Du mich liebst, wirst Du nicht reisen.“

Aber Uschi, was hat diese kleine Reise mit meiner Liebe zu Dir zu tun? Ich habe Ruth mein Wort gegeben und muß es halten. Du siehst selbst, wie unangenehm mir die Sache ist, aber ich kann sie nicht ändern.“

Besser Du brichst Dein Wort, als Du fährst mit ihr. Du hast mir versprochen, Udo, daß sie jetzt aus unserem Leben verschwinden soll, und statt dessen willst Du mit ihr allein verreisen.“

„Ich habe es Dir versprochen, und Du kannst mit nicht vorwerfen, daß ich etwas dazu getan habe, sie in unser Haus zu ziehen, Uschi. Wenn sie kommt, wenn sie mich so bittet wie heute, so kann ich unmöglich nein sagen.“

Warum kannst Du es nicht?“

„Weil wir alte Freunde sind,“ rief er hastig, „und weil sie mir auch oft schon gefällig war.“

Das sind Gefälligkeiten, die zwischen freien Menschen erlaubt sein mögen, nicht wenn der eine Teil verheiratet ist.“

Aber das sind spießbürglerische Ansichten, Uschi,“ meinte er ärgerlich. „In unseren Kreisen sieht man solche Dinge anders an. Wir haben eben eine freiere Lebensauffassung, und Du als Frau eines Schriftstellers mußt Dich daran gewöhnen.“

„Nein, nie werde ich mich daran gewöhnen, Udo! Ich will Ausschließlichkeit in der Ehe und Du . . .“

fraten, gewissermaßen als „erste Ansage“ des kommenden Wahlfeldzuges gedeutet wurde. Schon mit Rücksicht auf die größere Inanspruchnahme der Straßenbahn müßte den Straßenbahnherrn unbedingt zugelegt werden. Neben den niedrigen Beiträgen der Straßenbahngesellten wurde auch deren Einsiedlung als unbotmäßig bezeichnet. Der neue Stadtverordnete Banc von der Chrish. Dem. hielt bei dieser Gelegenheit seine „Antrittsrede“.

Stadt. Nowakowicz sprach gegen die große Anzahl der Freikarten.

Was die Zusammensetzung der Straßenbahnskommission betrifft, so wurde vom Stadtr. Sniady dagegen Stellung genommen, daß die Sozialistische Partei in ihr nicht vertreten sei und für Dr. Pieczocki Stadtr. Nowakowicz vorgeschlagen. Die Stadtverordnetenversammlung lehnte den Antrag ab.

Die Bildung von Lokalbeauftragten für die ländlich angeschlossenen Gemeinden wurde im Sinne der Magistratsvorlage beschlossen, obwohl Dr. Starc dafür eintrat, daß die Gemeinden durch ihre Gemeinderäte selbst ihre Delegierten wählen sollten, wie es bei den Gemeinden Główino und Natal auch der Fall gewesen ist.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf den Bericht der Sonderkommission, die anlässlich einer Interpellation des Stadtr. Wybierski zur

Prüfung von Maßnahmen des Dezerenten der städtischen Baupolizei

eingesetzt worden war. Nach dem Bericht, der vom Stadtr. Costka vorgetragen wurde, gingen Vertreter sämlicher Parteien in mehr oder weniger scharfer Weise gegen den Stadtrat Pałuberski vor, dem zum Vorwurf gemacht wurde, daß er sich in einem privatrechtlichen Konflikt, der zwischen zwei Geschäftsmännern in der ulica 27. Grudnia (fr. Berliner Straße) auf baulichem Gebiete entbrannte, eingemischt und somit seine Kompetenzen überschritten habe. Die Vorwürfe, denen natürlich der Stadtrat entgegnet, verdächteten sich in der mehr oder weniger verstießen Forderung, aus den Angriffen die Konsequenzen zu ziehen. Stadtr. Sniady riet ohne weiteres zur Demission. Vizepräsident Dr. Kiedacz erklärte, daß die Aussprechung eines Misstrauensvotums einer Disziplinarstrafe gleichkäme, die nur dem Wojewoden zufliehe.

Schließlich wurde der Bericht der Sonderkommission zur Kenntnis genommen.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete eine

Interpellation des Stadtr. Kucharski über die durch die Einführung des Spiritus monopols in der Stadt hervorgerufene Arbeitslosigkeit, der 300 Angestellte zum Opfer gefallen sein sollen.

Stadtr. Kucharski ging nicht gegen das Monopol an sich, sondern gegen die Organisation vor, die den Bedürfnissen der Bevölkerung durchaus nicht entspreche.

In einer längeren Entwickelung wird an den Magistrat die Bitte gerichtet, Schritte zu unternehmen, die zur Beseitigung der Ungleichheiten führen sollen, damit die Industriewirtschaft nicht zu leiden habe.

### Evangelische Konferenzen.

Im Evangelischen Mädchenstift Jägerhof bei Bromberg tagte in diesen Tagen die Konferenz der Synodalvertreter für Innere Mission aus Posen und Pommerellen, die von den einzelnen Kreissynoden gewählt werden und so eine Vertretung und Arbeitsgemeinschaft des ganzen Kirchengebiets darstellen. Auch im Statut des Evangelischen Mädchenstifts Jägerhof sind diese Synodalvertreter als die gegebenen Freunde und Förderer dieses Stiftes vorgesehen.

Während der Tagung berichteten die einzelnen Berufsarbeiter über den Stand ihrer Arbeit in den Anstalten und Vereinen der Inneren Mission. Evangelische Erziehungsarbeit und Diaconissenarbeit wurden an den ersten beiden Tagen eingehend besprochen unter Leitung des Geheimen Konistorialrats D. Staemmler aus Posen. Am letzten Tage führte Generalsuperintendent D. Blaß selbst den Vorsitz zur Behandlung der wichtigsten Fragen der Volksmission in Stadt und Land. Die Arbeit des Evangelischen Erziehungsvereins, der Post-Schulischen Anstalten in Pleschen, des Evangelischen Mädchenstifts selbst, des Posener Diaconissenhauses, des Bandsburger Werkes, des Krüppelheims Wolfshagen ebenso wie die Arbeit an der weiblichen und männlichen Jugend und an der evangelischen Frauenwelt wurden in dieser Arbeitstagung behandelt und gefördert unter anderem Ausblicken auf die Arbeiten der Inneren Mission des Auslandes.

Eine Konferenz für evangelische Pressearbeit hatte gleichfalls für mehrere Tage in Jägerhof eine größere Anzahl von Geistlichen usw. zusammengeführt, um die Aufgaben des Evangelischen Kirchenblattes und des Gemeindeblattes „Glaube und Heimat“, Schriftenmission, Kolportage usw. zu behandeln.

So ist das Mädchenstift Jägerhof wieder ein sehr wertvoller Mittelpunkt evangelisch-kirchlichen Lebens in Polen geworden.

„Kannst Du mir nachsagen, daß ich mich zerstreu?“ fragte er sehr heftig. „Denke, weiß, fühle ich denn überhaupt etwas anderes außer Dir?“

„Wenn Du mit der Carini gehst, beweist Du mir das Gegenteil, Udo!“

„Sei nicht kleinlich, Uschi. Deine Eifersucht auf diese Frau ist lächerlich. Jedes böse Wort, das ich thretwegen von Dir höre, macht sie mir fremder. Ich wollte, sie wäre schon fort aus Berlin. Ich wäre auch nicht mit ihr gefahren, hätte sie mir vorher gesagt, was sie von mir will. Aber da sie nun mein Versprechen hat . . .“

„Sie weiß Dich eben richtig zu behandeln,“ rief Uschi leidenschaftlich erregt. „Dieses Versprechen hat sie Dir förmlich erpreßt. Du brauchst es nicht zu halten. Und wenn Du es durchaus erfüllen willst, so nimm mich wenigstens mit.“ Sie weinte nun auch, in ihrer hemmungslosen, leidenschaftlichen Art, die er an ihr kannte und fürchtete.

„Mitnehmen? In dieser Verfassung? In dieser großen Erregung und Wut? Weinend, böse auf mich und sie! Uschi, was würde das für eine Fahrt zu Dreiern! Ruth und Du, Ihr steht Euch doch nun einmal feindlich gegenüber. Nein, Liebling, das geht nicht. Es würde so aussehen, als ob Du kein Vertrauen zu mir hättest, als ob Du nicht wagtest, mich aus den Augen zu lassen. Uschi, so ist es doch, nicht?“

„Nimm mich mit,“ bat sie statt aller Antwort.

„Bedenke die großen Unkosten,“ entgegnete er. „Wir haben es doch nicht so reichlich. Und alle anderen Erwägungen sprechen auch dagegen. Nein, Uschi, sei vernünftig und lieb. Zeige mir, daß Du mir vertraust, zeige mir, daß Du mich wirklich, voller Güte und Zuversicht liebst, und las mich reisen. Ich gelobe Dir hoch und heilig, in Zukunft vorsichtiger mit Ruth zu sein, mich nicht ein zweites Mal von ihr so einzufangen zu lassen. Ich werde mich, soweit ich es irgend kann, von ihr zurückziehen, auch das verspreche ich Dir, da Du es von mir fordern. Aber heute muß ich mein Wort halten, Uschi.“

„Tu es nicht!“ bat sie noch einmal weinend.

(Fortsetzung folgt.)

(Copyright 1924 by Carl Duncker Verlag, Berlin.)

## Die Mutter.

Roman von Lola Stein.

(48. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Tu es ungern, Udo?“ fragte die Carini mit ihrer weichsten Stimme. „Hilfst Du mir nicht gern? Du bist mir der nächste Freund, der Mann, dem ich am meisten vertraue, an den ich mich am liebsten in meinen Nöten wende. Ich dachte, Du würdest mir gern beistehen, Udo?“

„Natürlich helfe ich Dir gern, Ruth. Aber ich weiß nicht, ob Dein Plan klug und richtig ist.“

„Das lasst nur meine Sorge sein, Udo. Ich kenne doch meinen Mann. Wenn er hört, daß ich ihm wieder einmal ausgerissen bin, wird er sich beruhigen und abreisen. Morgen schon kommen wir nach Berlin zurück. Dann bin ich ganz ohne Sorge.“

„In Deinem Leben sind immer große Auseinandersetzungen, Sensationen, Ruth,“ sagte Ellen kopfschüttelnd, denn auch ihr gefiel der Plan der Freundin gar nicht. „Wann wirst Du endlich zur Ruhe kommen?“

„Wenn Ruhe in meinem Leben sein wird, werde ich alt sein,“ lachte die Künstlerin. „Nun aber beeile Dich, Udo. Wir müssen den Nachmittagszug nach Dresden bekommen, es ist ein neuengelngerter durchgehender Blitzzug. Bitte, lasst uns ihn nicht verjäumen.“ fuhr sie dringender fort, als Udo noch immer ein wenig unschlüssig stand. „Ich bin erstaunt, daß Du Dich so von mir bitten läßt, ich hatte erwartet, Du würdest mit tausend Freuden bereit sein, mir zu helfen.“ Nun klang der Ton wie der eines verzogenen, unglücklichen Kindes. Sie schien dem Weinen nahe, zog ein Spitzentüchlein aus ihrer Tasche und führte es an die Augen.

„Natürlich will ich Dir helfen, Ruth. Ich kann mich nur mit Deinem Plan nicht so ganz befrieden.“

</

### In Sachen der Einlösung von Gewerbechein.

Im Finanzministerium laufen zahlreiche Schreiben ein, in denen darüber gellagt wird, daß die Steuerbehörden die Bestimmungen über die Einlösung von Gewerbechein gweiter Handelskategorie bei Unternehmen, die Kleinverkauf von Gegenständen betreiben, die zu der Gattung der Luxusgegenstände gezählt werden müssen, allzu streng anwenden. Angefischt dessen wird folgendes mitgeteilt: Die oben erwähnte Vorschrift verfolgt den Zweck, Handelsunternehmen, die einen ständigen Vorrat leuter und Luxuswaren, die für vermögende Verbraucher bestimmt sind, auf Lager besitzen und daher bedeutendere Umsätze und größere Gewinne erzielen, mit einem Gewerbechein höherer Kategorien zu beladen. Es war keineswegs Absicht der Gesetzgeber, kleinere Unternehmungen übermäßig zu beladen nur aus dem Grunde, weil sie aufzufüllten einen oder anderen Artikel auf Lager führen, von denen oben die Rede ist. In Fällen, wo in kleineren Handelsunternehmen sich ein geringer Vorrat der oben erwähnten Waren befindet und sowohl die Art des betriebenen Handels, wie auch die Art der übrigen in diesem Geschäft verkaufsten Waren die Einlösung eines Gewerbecheines höherer Kategorie als der dritten nicht bedingt, ist die Einlösung eines Gewerbecheins 2. Handelskategorie nicht zu verlangen.

s. Vertreter bei den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Dr. Witold Przydunski, Abteilungschef bei der hiesigen Generalstaatsanwaltschaft, hat sich für längere Zeit nach Berlin zu den deutsch-polnischen Verhandlungen wegen eines Handelsabkommen begeben. Seine Vertretung hat der Oberstaatsanwalt Kazimierz Kiełki übernommen.

s. Personalnachricht. Der Vizepräsident des hiesigen staatlichen Bezirkskontrolle, Mieczysław Naruszewicz ist zum Präsdidenten der Zsba Starowa in Lublin ernannt worden.

• Auf das Konzert zum Festen der Alsterhilfe, das am Sonntag, 15. Februar, abends 7½ Uhr im großen Saale des Evangel. Vereinshauses unter Mitwirkung des Herrn Directors Boehmer (Gesang) und der Frau Gertrud Pirscher (Klavier) stattfinden wird, sei wiederholt empfehlend aufmerksam gemacht. Der Preis der Eintrittskarten beträgt 10, 6 und 3 zl, für Schüler 1 zl.

• Die Sommerliche Herdbuch- und Schweinezuchtgesellschaft in Thorn veranstaltete am Freitag, 20. März, auf dem städtischen Schlachthof in Graudenz eine Buchvieh- und Schweineversteigerung. Näheres siehe im deutlichen Anzeigenblatt.

s. Konkurs. Über das Vermögen der Firma "Kogaina" L. A. ul. Mickiewicza 86 (fr. Hohenstaufenstr.) ist am 31. Januar der Konkurs eröffnet und zum Konkursverwalter der Referent a. D. Piotr Stachowski, ul. Krasinski 2 (fr. Hohenstaufenstr.), ernannt worden; Anmeldefrist bis zum 31. März.

• Ein unerwünschter Empfang erlebten gestern vier bekannte Posener Jahrmarktdieben aus der ul. Polna (fr. Feldstr.) bzw. ul. Stefanica (fr. Molteitsch), namentlich Belagia Krajewski, Maria Kubial, Maria Kaliszak und Maria Przybulska, als sie mit Beute an Kurzwaden, Gobelinflossen, Kinderstühlen usw. schwer beladen mit dem Eisenbahngüte von einem am Dienstag in Nowy Targ abgehaltenen Jahrmarkt heimkehrten. Die Beute wurde ihnen von Beamten ihres Polizeizwecks abgenommen; sie selbst erhielten Freiheit im Polizeigefängnis.

• Vorsicht vor Handtaschenräubern! Gestern abend gegen 7 Uhr wurde wie er einer Dame in der ul. Großer Straße (fr. Liebigstr.) eine Handtasche mit 5 zl barem Gelde, verschiedenen Papieren und mehreren Wohnungsschlüsseln von einem Handtaschenräuber entzissen.

s. Das Tanzvergnügen der Badischen. Aus kleinen Schriften kann man dem "Kurier": "Am 25. Januar hatte der Club der Badischen ein Tanzvergnügen veranstaltet. Die Badischen waren ohne elterlichen Schutz erschienen, und man tanzte von 4 Uhr nachmittags bis 1 Uhr nachts, obwohl die polizeiliche Erlaubnis nur bis 12 Uhr lautete. Das wäre nicht das Schlimmste, wenn man sich anständig amüsiert hätte. Aber, wie die Badischen selbst aussagen, wurden Shimmy, Tango und Foxtrot sehr unanständig getanzt. Mehrere Badische waren auch angetrunken."

• Angehalten worden ist das 11-jährige Schulmädchen Stanislawka von hier, dessen Verhünden am Dienstag früh gestern von uns gemeldet wurde, auf dem Bahnhofe in Czestochowa. Das Kind hatte die Absicht, zu seinem Vater nach Thorn zu fahren.

• Diebstähle. Gestohlen wurden: aus einer Wohnung des Hauses Wielie Garbarsz 86 (fr. Große Gerberstr.) eine goldene Brosche im Werte von 300 zl, ein Medallion, ein silbernes Ketten, 200 zl barres Gelb, 13 Damenhemden, 6 Paar Damenhemdkleider, 8 Bettlaken, 8 Bettbezüge, 8 Kopfkissenbezüge, 8 Handtücher, 1 Tischdecke für 24 Personen, 6 Mundstücke, 10 Löffel, teilweise M. B. und zum Teil M. V. geschnitten, 4 m hellblaue Seidenstoff, 6 m weißen Bettlaken, 1 Damengolf im Gesamtwert von 2000 zl; ferner durch Einbruch aus einem Pferdestall im Hause ul. Szerlejowa (fr. Schützenstr.) 13 ein schwarzes Arbeitspferdegeschirr im Werte von 140 zl.

s. Wetter. Heut, Donnerstag, früh war 1 Grad Nälte.

### Kirchenkonzert.

Das Konzert in der Kreuzkirche am 2. Februar abends, welches der "Posener Bachverein" unter Leitung von Pastor D. Greulich veranstaltete, enthielt einige Programmnummern, deren Wiedergabe Minuten tiefer Erbauung schuf. Es sei an erster Stelle eine Chorkomposition von Albert Becker "Erquidet nicht mit Deinem Licht" erwähnt, deren musikalisches Gepräge einem ganz bedeutenden religiösen Empfinden seinen Ursprung verdankt. Der Dirigent legte offensichtlich großen Wert darauf, diesem Charakter des Tonwerks den Weg zu ebnen. Es gelang ihm auch ausgezeichnet gut. Die Thorstimmen trug eine leicht bewegte Gefühlsmärkte, die sich zum Herzen des Höfers fortstanzte. Gleichermaßen verdienten die mähevoll gehaltenen Crescendos Anerkennung. In einer Reihe von Gesängen, die S. v. Herzogenberg zum Verfasser haben, obwaltete ein schlichter Unterton, eine vollstümliche Einfachheit. Jedes gekünstelte Beiwerk wurde ferngehalten, was der Interpretation außerordentlich zum Vorteil gereichte. Die genannten Thore zeigten sich, wie auch schon bei früheren Gelegenheiten, durch stabile Tragfähigkeit und einträgiges Miteinander aus. Die Altagharmonie wäre noch um einige Grade festet gewesen, wenn nicht vereinzelt Männerstimmen bisweilen durch besonders scharfe Algentuierung aus der geraden Linie herausgetreten wären. In einem Konzertsaal werden derartige Erscheinungen durch die übrigen Schallwellen mehr oder weniger aufgesaugt, in der Altag des Rundhauses einer Kreuzkirche gewinnen sie dagegen an Appigkeit, die sich nicht immer günstig abhebt. Ein ähnliches Schicksal hat in dieser Umgebung auch das zweifellos guten Absichten entsprungene Bestreben des Chorleiters, durch Forte-Wittringen einiger Takte das Tempo in die von ihm gemüthte Fahrt zu drängen. Der Zweck wurde durch dieses Hilfsmittel natürlich erreicht, aber auf Kosten der musikalischen Ästhetik. Der Sopran von Fräulein Jenny Kuch verhielt sich anfangs schüchtern-spröde, manche Lüne bei drei schwierigen Liedern von Hugo Wolf wollten nicht so recht in die ihnen zugewiesene Lage. Erst nach und nach kam die alte, erprobte Sicherheit zum Vorschein, in zwei Kompositionen von Herzogenberg gewann dann auch eine mit Innigkeit beschwingte Stimme die Oberhand. Die Gegensoli von Herrn Pastor Gottfried Greulich verkündeten einmal eine aparte Auflassung des Stoffs, und weitwerts erfuhren die herangezogenen Komponisten eine derart gaftfreudliche Aufnahme, daß die Zeugen dieser Behandlung teils erfreut, teils ergriffen sein mußten.

### Vereine, Veranstaltungen usw.

Donnerstag, den 5. 2.: Radfahrer-Verein: im Knoten-Belowischen Lyzeum Radball und Reisefahrt.  
Donnerstag, den 5. 2.: Stenographenverein: von 6½ bis 8 Uhr Kurkus für Anfänger und Fortgeschritten. (Im Knoten-Belowischen Lyzeum.)  
Donnerstag, den 5. 2.: Ruderklub "Neptun" Pojen, Familienabend im Clublokal.

Freitag, den 6. 2.: Westpolnische Landwirtschaftliche Genossenschaft: Generalversammlung.

Freitag, den 6. 2.: Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft: Generalversammlung.

Freitag, den 6. 2.: Verein Deutscher Sänger: Abends 8 Uhr Übungsstunde.

Sonnabend, den 7. 2.: Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft: Generalversammlung.

# V. Sinfoniekonzert der Vereinigung Philharmonia Poznańska findet am Sonntag, dem 15. d. Ms., mittags um 12 Uhr in der Universitätsaula statt. Das Konzert leitet der Direktor der hiesigen Oper Herr Sternicz; als Solistin wurde eingeladen die hervorragende Sängerin Frau Hedwig Debicka.

\* Berent, 4. Februar. Einem gewissen Armatowski aus Słotowa Guja wurden hier nicht weniger als 20000 ausländische Zigaretten beschlagnahmt.

\* Birnbaum, 4. Februar. Der Vorsteher des hiesigen Kreisgerichts, Stollola, hat zum 1. d. Ms. die Leitung des Gerichts in Krakau übernommen.

\* Bromberg, 4. Februar. Entdeckt und festgenommen wurde hier die 12jährige Gräfin Kęzioł aus Słotowa, Kreis Schubin, die, wie berichtet, ihren Pflegeltern entlaufen war. Sie gab an, daß sie aus Furcht vor Strafe nicht nach Hause zurückgekehrt sei, weil sie ihre Handtasche mit 3 zł Inhalt zu Gunsten bestimmt verloren hätte. — Niedergebrannt ist bei Krużyn, Kreis Bromberg, ein Roggenrohr.

\* Culm, 4. Februar. Der Bismarckweibel Ginter vom hiesigen reitenden Schützenregiment wurde am Freitag mit seiner Ehefrau und einem Kind in bewußtem Zustande infolge Feuchtgasvergiftung in seiner Wohnung der Regimentskaserne aufgefunden. Die Familie wurde in das Kreiskrankenhaus geschafft. Es gelang, alle drei ins Leben zurückzurufen; ihr Zustand ist nicht mehr bedenklich.

\* Grandenz, 4. Februar. Drei junge Menschen haben diese Tage durch Ertrinken im Dombrücksee ihr Leben eingebüßt. Ein Gutsbesitzer hatte aus dem See für seinen Bedarf Eis holen lassen. Drei junge Leute, von denen einer sich in kurzer Zeit verheiratet wollte, kletterten sich den Weg ab und passierten die Eisdecke. Sie gerieten in die offene Stelle und versanken in den Fluten. Als sie zu lange ausblieben, suchte man nach und fand auf dem See drei Mützen schwimmen. Es wurden sogleich Anstrengungen gemacht, die Leichen zu bergen, was erst nach geraumer Zeit gelang.

\* Inowrocław, 4. Februar. Im Dombrücksee ereignete sich am 29. d. Ms. ein tödlicher Unglücksfall. Der in Pakość, Kreis Inowrocław, wohnhafte 24jährige Arbeiter Antoni Karolewski, der mit einer Partie gestohlenen Holzes das Eis überschritt, glitt plötzlich aus und kam verhältnißmäßig zu Fall, daß er auf der Stelle starb.

\* Neutomischel, 4. Februar. Unter dem dringenden Verdacht der Brandstiftung aus Rache an der Scheune des Gutes Porąby ist der 28jährige Bettler Josef Hojnacki in Untersuchungshaft genommen worden. Er hatte, als ihm eine milde Gabe verweigert wurde, geäußert, daß er sich dafür durch Brandstiftung rächen werde.

\* Rawitsch, 4. Februar. Auf Montag, 2. Februar, war eine schwere Stadtbrandnotenstiftung einhergegangen, welche die ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen die nur 7 Stadtverordnete aufwies, hätte beschlußfähig sein müssen. Gleichwohl konnte sie nicht stattfinden, da weder der Schriftführer noch sein Stellvertreter als Protokollführer zur Stelle war, und auch kein anderer Stadtverordneter sich bereit erklärte, dieses Amt stellvertretungsweise zu übernehmen. So wurde die Sitzung, zu der sich auch der Bürgermeister, sowie 8 Stadträte eingefunden hatten, auf Freitag vertagt.

\* Samter, 4. Februar. Am 15. Dezember 1924 zählte unsere Stadt 7017 Einwohner. Davon sind römisch-katholisch: 1988 männlich, 2419 weiblich und 2308 unter 14 Jahre alt, zusammen 6720; griechisch-katholisch 7; evangelisch sind 185 und mosaisch 105 Einwohner.

\* Schubin, 8. Februar. Ihren Pflegeeltern entlaufen ist am Sonntag, 1. d. Ms., die 12jährige Gräfin Kęzioł aus Słotowa, Kreis Schubin. Sie war zu Einbrüchen ausgeschickt worden und ist nicht zurückgekehrt. Es wird vorerst angenommen, daß sie nicht verunglückt, sondern entflohen ist, da sie wiederholt über schlechte Beobachtung gestellt hat.

\* Strelno, 4. Februar. Im Dorfe Rzepiowo nahm am 30. d. Ms. die 29jährige Felicja Pakorska eine größere Menge Öl auf sich, wodurch bald darauf der Tod eintrat. Der Grund zu dieser verzweifelten Tat beruht auf unglücklicher Liebe.

\* Wirsik, 3. Februar. Der Haushaltspol für 1925 des Kreises Wirsik hält sich mit 420 000 zł die Wage. Wie

in der letzten Kreistagsitzung in Nakel festgestellt werden konnte, waren die Einzelposten des vorjährigen Haushaltplanes tatsächlich entsprechend und erfuhrne keine Überschreitung. Schulden wurden nicht gemacht, dagegen blieben die Kreisabgaben nicht einmal restlos ausgenutzt. Strafen und Wege befinden sich in gutem Zustande. Selbst die Kleinbahn des Kreises, die bisher einen Zusatz erforderliche, schließt zum ersten Male ohne Fehlbetrag, obwohl sie ihren Wagenpark und den Bahnhof ordnungsmäßig verbessern mußte. Auch die Kreisfazie hat sich günstig entwickelt und ansehnliche Überschüsse gezeigt.

### Nach Oberschlesien.

\* Stolp i. Pom., 2. Februar. In Prebendorow im Kreise Stolp wurde eine ganze Familie von religiösem Wahnsinn befallen. Der Oberförster, sein Schwiegersohn und zwei erwachsene Töchter gaben auf die Einwohner des Dorfes 28 Gewehrschüsse ab, zum Glück ohne jemanden zu treffen. In einem Stuben des Hauses hatten sie einen Scheiterhaufen errichtet, auf dem die Frau des Oberförsters, die seit zwölf Jahren krank und fast erblindet ist, verbrannt werden sollte. Auch ein zweijähriges Kind sollte geopfert werden. Die gesamte Familie wurde von einem Gendarmerie-Kommando festgenommen und nach Lauenburg in die Landesirrenanstalt gebracht.

### Aus dem Gerichtssaal.

s. Posen, 2. Februar. Der 58jährige Feldwächter Jan Gorstka aus Główino war vor der 2. Strafklammer angeklagt, am 8. August v. J. absichtlich versucht zu haben, den Jan P. und Stanisław B. zu erschießen. Der Angeklagte, der die beiden nicht erkannt haben will, glaubte Hasen die vor sich zu haben. Er gab deshalb einen Schreckschuß ab, und erst als von jenen mit einem Schuß geantwortet wurde, gab er nacheinander noch mehrere Schüsse ab. Diese Darstellung wurde von mehreren Augenzeugen widerlegt. P. und B. wurden durch die Schüsse verletzt. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen versuchten Totschlags zu 1½ Jahren Gefängnis und Zahlung von 6000 zł Schmerzensgeld an B.

### Briefkasten der Schriftleitung.

A. B. 1. Die 12-1½ Uhr. Ausdrucke werden unseres Belegs gegen Auslieferung der Belegschaft unentbehrlich, aber ohne Gewähr ertheilt. Jeder Auftrag ist ein Briefumschlag mit Freimarke zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.

Sprechstunden der Schriftleitung: nur werktäglich von 12-1½ Uhr.

A. B. 1. Die mit 15 Prozent aufgewertete Hypothek kann im Schuldhuße neu nach dem Auflösungstage eingetragen werden, braucht es aber nicht. 2. Die rückständigen Zinsen werden der Hypothek gezeichnet und ebenfalls mit 15 Prozent aufgewertet. 3. Der Gläubiger sagt gewöhnlich, daß er um 85 Prozent geschädigt worden ist, und das mit Recht. 4. Hypotheken auf städtischen Grundstücken können erst vom 1. Januar 1928 ab, auf ländlichen Grundstücken vom 1. Januar 1929 ab gefündigt werden. Eine Erhöhung des Zinsfußes kann nur nach gegenseitiger Verabredung vorgenommen werden. 5. Rötig ist das nicht, aber wir halten es für zweckmäßig.

B. 100. Wenden Sie sich in Ihrer Angelegenheit schleinigt an das deutsche Generalkonsulat in Posen.

A. B. 1. Ihre erste Frage können wir Ihnen nicht beantworten, da damals in Polen Viehmärkte nicht abgehalten wurden. 2. Die deutsche Mark notierte Mitte Dezember 1929 mit 137-138 M. poln. Within waren 300 M. deutsch = 411-414 M. poln.

### Die beste geistige Waffe



gegen Ihre Konkurrenz ist immerwährende Reklame, besonders wenn diese auf wirksamen Anzeigen beruht. Verlangen Sie unsere Mitwirkung beim Entwerfen solcher Anzeigen, die Sie für uns bestimmt haben.

### Posener Tageblatt

(Posener Worte)

Größte Auflage der deutschen Zeitungen

in der Wojewodschaft Posen.

Posen 3

Telephon 6105, 6273

Zielorzyniecka 6.

gehabt. Seine hübsche junge Frau nahm aber an dem derben Schußzeug des neuen Bürgermeisters auch keinen Anstoß, und des Sängers Lied hat hier zu schweigen.

### Quo vadis?

Im Stachelschwein findet sich folgender Dialog:

"Wo gehst du hin hin?"

"In Gino."

"Wo gehst du hin hin?"

"In Gino."

"Du, was hebst du hin hin?"

"Wo gehst du hin hin?"

"In Gino."

"Ah! So hebst du hin hin!"

"Nee, das hebst du hin hin!"

"Ich, was hebst du hin hin?"

"Wo gehst du hin hin?"

"In Gino, du Rindvieh!"

"Nee, das hebst du hin hin!"

"Ich, was hebst du hin hin?"

"Wo gehst du hin hin?"

"In Gino, du Rindvieh!!!"

"Ach! Und daß du hebst du hin hin?"

"Wo gehst du hin hin?"

"In Gino

# Handel, Wirtschaft, Finanzwesen, Börse.

## Zur Erklärung.

Die von uns veröffentlichte Verordnung über die Ermäßigung der gesetzlichen Binsen ist von manchem dahin ausgeschafft worden, als handle es sich um die Festsungen einer neuen Höchstgrenze für vereinbarte Binsen in Bant und sonstigen Geschäftsvorlehr. Wir weisen darauf hin, daß unter "gesetzlichen Binsen" nur solche verstanden werden, die in einem Gesetz ohne Angabe der Höhe zuerkannt werden (zum Beispiel bei Verzug). Die veröffentlichte Verordnung regelt also nicht die Höhe der vereinbarten Binsen. Die Höchstgrenze dieser Binsen ist in der Binsenwucherverordnung vom 14. November 1924 (Dz. Ust. Nr. 99, Deutsches Überzeugungsblatt 1925 Nr. 2) bestimmt und nicht abgeändert worden.

## Handel.

Über die Tee-Einfahrt nach Russland hat der Rat der Volkskommissare des SSSR eine Verordnung erlassen, die eine Veränderung der Zölle und folgende neuen Abfahrsätze für Import-Tee vorsieht: Schwarzer Tee in Blättern allerfeinste Sorte 75 Kopeken je Pfund, bezgl. 1. Sorte 45 Kopeken, 2. Sorte 25 Kopeken; grüner Tee in Blättern 28 Kopeken je Pfund, gepreßter Tee in Tafeln 20 Kopeken. Gleichzeitig wird die Einfahrt von Tee-Exzäkten verboten und der Import von gepreßtem Tee ab 1. Juli d. J. nur unter der Bedingung zugelassen, daß auf jeder Tafel die Teeart und der Name des Großhändlers, der diesen Tee in Rußland vertreibt, verzeichnet sind.

Die Sverdlosker Messe soll am 25. Februar eröffnet werden. Sie ist berechnet für die Bezirke Ural, Sibirien, Kirgisien, Kasachstan, die Tatarenrepublik, sowie auch die Zentralgebiete des SSSR. Damit scheinen die bereits vor mehr als einem Jahre aufgetretenen Bemühungen, die Irbit-Messe nach Tscheljabinsk (so hieß Sverdlosk bis vor kurzem) zu verlegen, keinen vollen Sieg errungen zu haben. In der Tat findet nämlich die Konkurrenzmesse in Irbit bereits am 7. Februar statt und soll bis zum 1. März dauern. Wahrscheinlich rechnet man also damit, daß die Waren, die in Irbit nicht verkauft werden können, gleich nach Tscheljabinsk weiter wandern, das durch seine Verkehrslage gegenüber Irbit zweifellos sehr begünstigt ist.

## Verkehr.

Sonderzüge zur Königsberger Frühjahrsmesse. Anlässlich der Königsberger Frühjahrsmesse, die vom 15. bis 18. Februar stattfindet, werden zur Heranführung der Aussteller und Ausstellungsgüter die fahrplanmäßigen Schnellzüge zwischen Berlin und Königsberg verstärkt und eine Anzahl von Sonderzügen von Berlin nach Königsberg eingelegt. Um den Massenbefuhr während der Messe bewältigen zu können, hat die Eisenbahnverwaltung in den Messestagen den Personenverkehr erheblich verstärkt und eine Reihe von Sonderzügen in Ostpreußen eingelegt. Auf der Strecke Danzig-Königsberg wurde ein durchgehendes Zugpaar eingelegt. Auch die Verkehrsmöglichkeiten von der Grenze nach Königsberg sind bedeutend vermehrt, so daß sich der Massenverkehr reibungslos abwickeln wird.

Ausfuhrkontrolle an der lettischen Grenze. Mit dem neuen Jahre hat die lettische Regierung die Kontrolle für ausgeführtes Vieh aufgenommen. Die exportierenden Firmen haben ihre Firmenzeichen in der Veterinärverwaltung zu registrieren. Exportvieh aus den Grenzgebieten wird vier Tage der Beobachtung unterzogen. Hörner und Hufe müssen mit dem Brandmal des Exporteurs versehen sein; bei Schweinen ist das Exportzeichen in Form eines kleinen Blechschildes an den Ohren anzubringen. Vieh aus anderen Staaten wird zum Export nur nach 28-tägiger Quarantäne zugelassen, und zwar müssen Ochsen und Kühe mindestens 250 kg. Lebendgewicht haben. Viehwagen und Standplätze sind nach dem Gebrauch zu desinfizieren.

## Industrie.

Auf dem polnischen Eisen- und Metallmarkt ist die Lage im weiteren Verlauf des Monats Januar fast unverändert geblieben. Doch ist die Tendenz abgeschwächt. Um unter allen Umständen Vorteile zu erlangen, haben sich die Großhändler vielfach gezwungen gesehen, ihre Worräte zu herabgesetzten Preisen mitunter sogar mit Verlust, zu verkaufen. Da auch in diesem Handelsjahr während der Nachkriegszeit und besonders in der Inflationsperiode viel zu viele neue Firmen gegründet wurden, haben unter dem Druck der jetzigen Verhältnisse in letzter Zeit viele Firmen liquidiert müssen. Die im Großhandel notierten Preise betragen zuletzt: Binkblech 77 gr., Schwarzbled 0,50" 47,- 0,75" 43, starkes Blech 30, Eisen 23 je Kilogramm, Nägel 6,80 zt. kleine Nägel 11-14, Papprägel 11, Hufnägel 10 je Stück, Heugabeln 8,50 zt je Dutzend, Schaufeln 70 gr je Kilogramm.

## Konkurse.

Über das Vermögen des Kaufmanns Jan Zagrodnik, in Firma Jan Zagrodnik Tom Blawatow i Konsejci, Pelpin, ist am 21. Januar der Konkurs eröffnet und zum Verwalter der Rechtsanwalt Jindrychowicz in Tczew (Dirichau) ernannt worden; Anmeldefrist bis zum 1. März.

Über das Vermögen der Firma Wierszowski u. Baginski, Thorn Starzyn 24, ist am 17. Januar der Konkurs eröffnet und zum Verwalter des Kaufmann Leon Krakowski, ul. Szepana 26, ernannt worden; Anmeldefrist bis zum 28. Februar.

## Unkante & Beckante

Gebrauchte Geige  
gelucht für erwachsenen Schüler  
passend. Offeren mit Preis u.  
250 an die Geschäftsst. dieses  
Blattes erbeten.

## Landwirtschaft,

67 Morg., dazu 25 Morgen  
Bach, ist mit vollem lebenden  
u. toten Inventar s. verkaufen.  
Gest. off. u. a. 2389 an  
d. Geschäftsst. d. Blattes erb.

## Hausgrundstück,

17 Zimmer, schöner Garten am  
Flus., Auffahrt, 4 Zimmer  
Wohnung frei, zu verkaufen.

Schriftl. Anfragen unter  
W. W. 2101 an die Kreis-  
zeitung in Meseritz.

## Deutsche Dogge,

8 Wochen alt, hat abzugeben  
Helmchen, Pawlowice, pocza-  
zotuski, pow. Poz. zachod.

Eine Maschinen-  
reparaturwerkstatt  
mit Motorbetrieb und Haus-  
grundstück, seit 30 Jahren  
im Betriebe, bin ich willens zu  
verkaufen oder nach Deutschland  
zu verkaufen.

**Beschlägen,**  
6 Stück auf 1 Pfund u. kleiner,  
verlaufe billig. Kaufe Bisch-  
futterlinien.  
**J. Drescher,**  
Fischhandlung u. Leidwirtschaft  
Krolewska-Huta,  
Gorny Slask.

**Kanarienvögel,**  
Zag- und Lichsfänger, auch gute  
Zuchtvögel verkauf  
Andrzejewski,  
Kanarienzüchter, Poznań,  
ul. Piotra Wawrzyniaka 18

**Villa**  
zu kaufen gesucht.  
Off. m. Preisang. unt. B. 2726 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

**Tauschobjekt, passend für Optanten!**  
**Ein 3 stöckiges Geschäftshaus,**  
mit großen Speicherräumen, in Allenstein o. Pr., im Zentrum der Stadt gelegen. Friedenswert 50000 Goldmark wird gegen ein gleichwertiges Geschäftshaus eingetauscht. Bemerke, daß nur Städte über 10.000 Einwohner im Interesse stehen, und Woschen in Frage kommen. Optanten n. i. t. erwünscht. Offeren an

**B. Januszewski, Dzialdowo (Pomorze).**

## Von den Märkten.

**Holz.** Wronowice, 4. Februar. Von Zeit zu Zeit besuchen Agenten deutscher Firmen die Holzlager und bieten pro Stück 4½-5-5½ sb. Ebenso ist das Angebot für Eisenbahnschwellen ziemlich gut und es werden 3,25-3,60 für ein Stück geboten. Kiefer 8-9,50, Grubenholz 10,50-12 zt. Fichtenholz 1. Sorte über 30 Centimeter 17-18 sb. unter 30 Centimeter 12 bis 16 sb. Fichtenbrennholz 8-8,50 zt pro Meter.

**Pozen.** 2. Februar. Oberförsterei Drewlo: Fichte 2. Kl. 17,28 zt, 3. Kl. 13,61, 4. Kl. 11,09; Fichtenbrennholz Scheite 5,54, Rundholz 4,32, Stachtholz 1. Kl. 2,22, 3. Kl. 0,57.

**Leder und Häute.** Bielitz, 8. Februar. Die Situation auf dem Rohledermärkte hat sich wesentlich gebessert. Gezahlt wurden Rinder 2 zt pro Kilo, Kinder 1,10.

**Willa.** 8. Februar. Engrospreise in Dollar. Leichtes Rohmaterial 2,80-2,90 (für 1 Kilo), schweres 2,80-2,90, leichtes Schleuderleder 0,80 für 1 Kilo, mittleres 0,75, schweres 0,80. Tendenz schwach.

**Produkten.** Die Situation ist unverändert. Notiert wurden: Inlandswaren 28-29, kleinpolen. Roggen 28-29, kleinpolen. Braunerste 28-30, Mahlgerste 28-25, kleinpolen. Hafer 26-28.

**Warschau.** 4. Februar. Engrospreise für 10 Kilo Manna-grüne 74,75, gebr. 60,50, Perlgrüne 80, Gerstengrüne 24, Sorte 1. 44, Graupen 34, Sorte A. 44, Krakauer 73,50, Felderbösen 33,50, Witkowicen 1. Sorte 54, geschälte ganze 50, halbe 46, weiße Bohnen 50,50, Schminkbohnen 45,50.

**Warschau.** 4. Februar. Bei Privatumfählen wurden für 10 Kilo städtische Verladestation notiert: Weizen 41, Roggen 32, Hafer 31, Gerste 28, Weizenkleie 22,50, Roggenkleie 19,50, Lein-fuchen 30, Rapsfuchen 26, Raps 55. Für 1 Kilo franz. Warschau 50prozent. Weizenmehl 0,68-0,70, 50prozent. Roggenmehl 0,56.

**Vieh und Fleisch.** Bromberg, 4. Februar. Für 1/2 Kilo totes Gewicht engros lolo Bromberg: Hornvieh 1. Sorte 0,55-0,66, 2. Sorte 0,45-0,50, 3. Sorte 0,25-0,35, Schweine 1. Sorte 0,72 bis 0,73, 2. Sorte 0,68-0,70, Kalber 1. Sorte 0,85-0,70, 2. Sorte 0,45-0,50, 3. Sorte 0,50; Hammel 1. Sorte 0,45-0,50, 2. Sorte 0,40, 3. Sorte 0,35. Geschlachtet wurden in der Zeit vom 28. bis 30. Januar: 117 Rinder, 133 Kalber, 819 Schweine, 121 Hammel, 1 Biege und 2 Pferde.

**Metalle.** Warschau, 4. Februar. Auf Grund der ungeheuren Konkurrenz wurden die Preise für Rohguß Nr. 1 um 10 zt pro Kilo ermäßigt. Engrospreise pro Tonne franz. Waggon Verladestation: Rohguß Chlewista auf Holzholz 170, Stapelwagen Nr. 1 155, Witowicka Nr. 1. 16, Gußbruch 125, Inlandshandelseisen 222, Fahrräder fast gemalzt 445, heiß gemalzt 256, Walzeisen 274, Blech Grundpreis 282.

**Berlin.** 4. Februar. (Amtlich.) Für 1 Kg. Elektrohützpfister wire bears 187½, Raffinadelupfer (mind. 99-99,5 Proz.) 1,27-1,28, Orig.-Silitenweichblei 0,74-0,75, Silitenrohling im freien Verkehr 0,72½-0,73½, Remelited-Plattenzinn 0,64-0,65, Orig.-Aluminium in Blöcken, Barren, gewalzt und gezogen (mind. 99 Proz.) 2,35-2,40, in Barren, gewalzt und gezogen (mind. 99 Proz.) 2,45-2,50, Vanas-Straits- und Alvitazinn 5,20-5,40, Hüttenzinn (mind. 99 Proz.) 5,15-5,25, Neimittel (98-99 Proz.) 3,40-3,50, Antimon Regulus 1,27-1,29, Probe mind. 0,900 95½-96½, Gold 2,815-2,825, Platin 15-15½ für 1 Gramm.

## Börsen.

**Warschauer Börse** vom 4. Februar. **Binzenpapiere:** Byroz. Staatl. Goldanleihe 1922 7,40, 8prozent. Dollaranleihe 1919/20 3,67, 10prozent. Eisenbahnanleihe 8,90, 5prozent. städt. Konkurrenz-anleihe 4,80, 4½prozent. Vorriegsanleihe 28,75, 4prozent. ausgelöste Vorriegsanleihe 23, 5prozent. Warschauer Vorriegsanleihe 21½, 4½prozent. Warschauer Vorriegsanleihe 17½, 4½prozent. Vorriegs- anleihe der Stadt Łódź 12, 4prozent. Obligationen der Stadt Warschau 1915/16 15,25, Brüsseler Obligationen der Stadt Warschau 1917 3,20. — **Banknoten:** Bank Dąbrowski Warszawa 7,00, Bank Stanisławow 5,95, Bank dla Grodu i Przemysłu 1,00, Bank Bank Gondow 2,20, Bank Przemysłowy we Wroclawie 0,42, Bank Zachodni 2,00, B. S. B. 1,60, B. Sp. Bank 1,20, Industriewerte: Czeped. Soli 3,80, Chem. Sieradz 1,20, Elekt. Zag. Dombr. 1,90, Elektrownia 2,40, Silesia i Śląska 0,40, Chodorow 4,75, Czerni 0,75, Czestochowa 2,40, Gościniec 2,15, Michałow 0,49, W. D. F. Czerni 3,90, Firley 0,50, Łaz 0,17, Ko-polina Węgiel 8,25, Polska Nacja 0,64, Bracia Robel 2,10, Cegielisti 0,71, Lipow 0,80, Modziejowice 4,75, Norblin 0,88, Ostrowiecki 7,00, Parowoz 0,76, Postol 1,00, Ruski 1,47, Starachowice 2,11, Ursus 1,05, Zieloniecki 10,00, Bambier 19,20, Brydron 12,60, Borkowski 1½, Bracia Jakubowscy 0,28, Synd. Rola 1,85, Haberbusch i Schiele 6,00, Spiritus I-V 3,20, VI 3,15, W. D. O 22, Kluczewskiego 0,33, Majewski 10,75.

**Der Blotz** am 4. Februar. Danzig: Blotz 101,44-101,96. Überweisung Warschau 100,92-101,43, Berlin: Ueberm. Warenh. Warschau 24,90, Paris: Ueberm. Warschau 30,45-30,85, London: Ueberm. Warschau 13,600-13,70, Prag: Blotz 13,530 Ueberm. Warschau 652½-658½, Budapest: Blotz 13,749-13,895, Tschernowitz: Ueberm. Warschau 102, 37. Budapest: Ueberm. Warschau 37,10, Riga: Ueberm. Warschau 100, Zürich: Ueberm. Warschau 100.

**Der Blotz** am 4. Februar. Danzig: Blotz 101,44-101,96. Überweisung Warschau 100,92-101,43, Berlin: Ueberm. Warenh. Warschau 24,90, Paris: Ueberm. Warschau 30,45-30,85, London: Ueberm. Warschau 13,600-13,70, Prag: Blotz 13,530 Ueberm. Warschau 652½-658½, Budapest: Blotz 13,749-13,895, Tschernowitz: Ueberm. Warschau 102, 37. Budapest: Ueberm. Warschau 37,10, Riga: Ueberm. Warschau 100, Zürich: Ueberm. Warschau 100.

## Kurse der Posener Börse.

Für nom. 1000 Rth. in Rth.	4. Februar
Wertpapiere und Obligationen: 5. Februar	7,50-7,70
Byroz. Listy dozowane Riemtowa 5. Kred.	7,25-7,15
Spoz. Państwowa Pożarna 5. Kred.	—
8% dolar. Listy Pozn. Bienn. 5. Kred.	3,30-3,50-3,40

4. Februar	
Wertpapiere und Obligationen: 5. Februar	7,50-7,70
Byroz. Listy dozowane Riemtowa 5. Kred.	7,25-7,15
Spoz. Państwowa Pożarna 5. Kred.	—
8% dolar. Listy Pozn. Bienn. 5. Kred.	3,30-3,50-3,40

4. Februar	
Wertpapiere und Obligationen: 5. Februar	7,50-7,70
Byroz. Listy dozowane Riemtowa 5. Kred.	7,25-7,15
Spoz. Państwowa Pożarna 5. Kred.	—
8% dolar. Listy Pozn. Bienn. 5. Kred.	3,30-3,50-3,40

4. Februar	
Wertpapiere und Obligationen: 5. Februar	7,50-7,70
Byroz. Listy dozowane Riemtowa 5. Kred.	7,25-7,15
Spoz. Państwowa Pożarna 5. Kred.	—
8% dolar. Listy Pozn. Bienn. 5. Kred.	3,30-3,50-3,40

4. Februar	
Wertpapiere und Obligationen: 5. Februar	7,50-7,70
Byroz. Listy dozowane Riemtowa 5. Kred.	7,25-7,15
Spoz. Państwowa Pożarna 5. Kred.	—
8% dolar. Listy Pozn. Bienn. 5. Kred.	3,30-3,50-3,40

# Hannoverscher Kurier

Die führende Zeitung Nordwestdeutschlands  
76. Jahrgang



## Das alte und bewährte Anzeigenblatt

Eigene Auslandsvertretungen  
Großer Wirtschaftsdienst

### Berichtigung.

In der am 22. 23. u. 28. Januar veröffentlichten Anzeige der Firma „Palermo“, Poznań muss es heißen:

**Telephon Nr. 3804.**

### Nervöse, Neurotiker,

die an Neizbarkeit, Willensschwäche, Energielosigkeit, trübe Stimmung, Lebensüberdruck, Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen, Angst- und Zwangszuständen, Hypertonie, nervösen Herz- und Magenbeschwerden leiden, erhalten kostenfrei Broschüre von Dr. Weise über Nervenleiden.

**Dr. Gebhard & Co. Danzig,**  
Kass. Markt 1b.

### Dampfmolkerei

in sehr gutem Zustande und modernster Einrichtung, sowie Eßkeller, mäßigen Kostenschuppen, Gartenland, in milchreicher Gegend, ist zu verkaufen.

Gest. off. unt. A. 2693 an die Geschäftsst. ds. Bl. erb.

### Nehmeschweine in Kommission evtl. gegen Vorkasse

**Ernst Gutermann**

Berlin, Köpenickerstrasse 40/41.  
Telephon: Moritzplatz 55-86. Tel.-Adr.: Gefriergut-Berlin.  
Information erteilt.

**Kallmann, Poznań** (Hotel  
Monopol)  
Telephon 34-22.

Gegen Kassa laufe frische  
Siefern-Stammkäse I. Klasse und oststeine  
24-26 u. 30 mm in feiner, milder Ware.  
Holzgeschäft S. Wulff, Poznań, ul. Mielżyńskiego 6.

Habe 2-3 Waggons bestückte 20 mm Bretter  
abzugeben und zwar zu billigstem Tagespreis. 2-5,0 m lang  
(meistens 4,0 m) 10-20 cm breit von vorjährigem Einschnitt.  
Zu besichtigen auf meinem Blape

**H. Fiebig, Zimmermstr.,  
Dampfjäger- und Hobelwerk, Krobia.**

**Makulatur  
weiße starke Bogen  
mit Druck, Formate 46×59**  
hat abzugeben

**Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.**  
Zwierzyniecka 6.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

### Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

**1 Posener Tageblatt** (Posener Warte)  
für den Monat Februar 1925

Name .....

Wohnort .....

Postanstalt .....

Straße .....

# Erste grosse Fettvieh-Ausstellung zu Poznań

findet statt während der

**Intern. Messe vom 3.-10. Mai 1925**  
auf dem städt. Schlacht- und Viehhof.

Ausgesetzte Prämien sind:

Geldpreise und Medaillen.

Zur Ausstellung gelangen: Rinder, Schweine, Schafe und Kälber aus der ganzen Republik Polen.

Anmeldefrist der Ausstellungsobjekte bis zum 15. Februar 1925.

Die Herren Züchter, Mäster und Viehhändler werden gebeten, an dieser sehr wichtigen Sache sich zu beteiligen.

Genaue Auskunft erteilt:

**Komitet Pierwszej Wystawy Inwentarza Opasowego na całą Rzeczną Polską w Poznaniu, Stary Rynek 45, II ptr.**

Wer ein Gut, eine Landwirtschaft, Fabrik, Hausgrundstück, Villa, Laden- und Speicherräume, Stapel- und Bauplätze verkaufen oder verpachten will,

Wer Aktienmehrheiten von guten industriellen Unternehmungen abzugeben hat,

wende sich vertrauensvoll an die Firma:

**D. / H. Edward Kepiński - Poznań,**

Telephone 38-95. n. Fredry 4. Telephone 38-95.

Fachmannschaft, streng reelle, diskrete u. seriöse Behandlung der erteilt. Aufträge wird zugesichert.

# Leopold Goldenring Weingroßhandlung

gegr. 1845  
**Poznań** Stary Rynek 45 Import

von Ungar-, franz., deutschen etc. Weinen

Rum, Arrac und Cognac.

General-Derretzung der Likörfabrik Carl Mampe,

A.-G., Berlin-Danzig.

Selbstgekelterte Apfel- und Beereweine.

Filialen in Breslau und Mähr b. Tokaj.

# Getreidegeschäft

Über 75 Jahre bestehend, mittlere Kreisstadt Hinterpommerns, sehr große Lagerräume (3 Etagen), Keller und Stallung, Eckgrundstück, krankheitshalber sofort zu verpachten, evtl. verkaufen. Wohnung vorhanden. Anfragen erbeten unter K. 2720 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Deutscher, vdn. Staatsbürger, sucht ein Gut von 300-500 Morg. zu kaufen, nur vom Eigentümer. Offerten erbeten unter K. 3. 2725 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

### Für Mediziner!

Wir empfehlen antiquarisch zur Anschaffung: Behrend, Hautkrankheiten, — Verhandlungen des Vereins deutscher Laryngologen, — Veit, Frauenkrankheiten, — Hueter, Chirurgie I, — Heitzmann, Chirurgie Pathologie, — Bardeleben, Chirurgie, 3 Bde., — Kunze, Komp. d. prakt. Medizin, — Bock, Anatomie I, — Meyer, Anatomie, Schwyzer, Augenheilkunde, — Eulenbürg, Nervenkrankheiten, — Orgelbrand, Encyclop. Powszechna 7/8, poln., — Ravoth, Akiurgie, Frey, Histologie, — Meyer, Augenheilkunde, — Ziegler, Pathologische Anatomie II, — West, Kinderkrankheiten, — Niemeyer, Pathologie und Therapie I, — Nothnagel, Arzneimittel, — Scheiske, Augenheilkunde, — Steinhausen, Gynaekologie, — Schmidt, Rept. d. Anatomie, — Allgemein über chirurg. Krankheiten, — Sarron, Ohrenheilkunde, — Sanzioni, Geburtshilfe, — Strumpf, Arzneiverordnung, — Wendt, Psychologie des Menschen, — Leitfaden, für Operationsübungen am Kadaver, — Stockhardt, Chemie.

Versandbuchhandlung der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Poznań, Zwierzyniecka 6.

Wir suchen gegen sofortige Kasse nach Empfang der Ware zu kaufen und zahlen bei nur besser Qualität Posener Gütestand, keine Phantasiereize, wie sie gegenwärtig von Händlern verlangt werden:

**33 Btr. Rotklee**

**7 Btr. Rangras (engl.)**

**2 Btr. Gelbklee**

**16 Btr. Schwedenklee**

Muster von seidenfreien Qualitäten erbettet von Wentzelsche Güterverwaltung in Karna b. Chobienice, pow. Wolsztyn.

### Peking-Erpel,

rasserein, sofort zu kaufen gesucht.

Offerten unter Preisangabe an

**Dom. Bogoszyń, p. Chocicza.**

Selbstes Angebot:  
Wir bieten, sofort lieferbar, antiquarisch, wie neu,

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A Wolica

Freitag, abends 5 Uhr, Sonnabend, morgens 7 1/2 Uhr, vormittags 10 Uhr, nachmittags 5 Uhr mit Schriftserklärung Sabbathausgang 5 Uhr 46 Minuten.

Brodhaus großes Konversationslexikon

13. Auflage, mit Abbildungen und Farben, 17 Bde., elegant gebunden.

Bastelbuch für Radioamateure komplett gebunden

Bibliothek des allgemeinen u. pratl. Wissens.

Vertrieb durch die Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A. Poznań, Zwierzyniecka 6.

Synagoge B (Stadt. Brüdergemeinde). Ulica Dominikańska

Freitag abends 5 Uhr Sonnabend vormittags 10 Uhr

Geucht wird einf. Mittagszeit für alten Herrn, evtl. Eßen ins Haus bringen. Angeb. unt. D. 2716 an die Geschäftsst. ds. Bl. erb.

### 200 000 Dachspießen

offiziell billig

**Robert Weber, Nowy Tomyśl.**

# Deckhengst,

Bal. Halbbal., v. Bojar a. Stabuhütte Princesska, Balben, schm. Mähne und Schwanz, 168 cm Bandmaß, 20 cm Röhrein, 4 Jahre alt, gute Nachzucht vorhanden, angehört für Kreis Krotoszyn, hat abzugeben Dom. Benice, Post Krotoszyn. Tel. 28.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

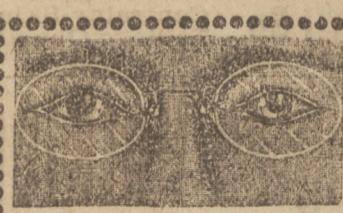
# Öffnerieren: Chili-Salpeter

gegen Wechsel-Kredit bis 1. Oktober  
sofortige Bestellung erforderlich.

**Darius & Werner, Poznań,**

Tel. 34-03 u. 40-88 plac Wolności 18 Telegr.-Abt.: „Racibórz“

**Anzeigen- Annahme:** Kleinere Anzeigen bis 11 Uhr vormittags, größere und solche, bei denen Korrektur gewünscht wird, Tags vorher erbeten.



### Augengläser

auch nach jedem ärztlichen Rezept  
empfohlen

**R. Baensch, Uhrmacher, Kobylin (Poz.)**

Deutschland. In Rostock i. M. (Stratenb.)

2 nebeneinander stehende

Grundstücke

mit Kolonial- und Felt-

warenengeschäft Goldgrube),

elektr. Licht, Wasserleitung usw.,

groß. Garten u. Hof mit guter

Erholung nach Polen zu

vertauschen.

Möller, a. St. Gashof

Brody, Nowy Tomyśl

**10-15000 złoty**

sucht ein solides Unternehmen auf einige Monate. Erfülltige Garantien vorhanden.

Off. unt. A. 2677 an die

Geschäftsst. ds. Bl. erbeten.

Unterzeichneter bestellt hiermit

**1 Posener Tageblatt** (Posener Warte)

für die Monate Februar-März 1925

Name .....

Wohnort .....

Postanstalt .....

Straße .....

## Der wirtschaftliche Zusammenschluß der Staaten der Kleinen Entente und Polens.

(Eigenbericht.)

z. Prag, 2. Februar. Wie unser Korrespondent aus maßgebender Quelle erählt, wird im Jahre 1925 ein Kongress der interessierten Wirtschaftskreise (Banken, Industrie und Handel) der Staaten der Kleinen Entente (Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien), sowie Polens abgehalten werden, um sich mit der Frage eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses, besonders in der Wirtschaft, zu beschäftigen. Der Kongress soll noch nicht bestimmt. Gleichzeitig soll an demselben Ort ein Journalistenkongress der genannten Staaten stattfinden, um der Presse Gelegenheit zu bieten, die wichtigsten Wirtschaftsfragen dieser Staaten kennen zu lernen. Auch die Frage der Einheitlichkeit der Organisation der Handels- und Gewerbeverbände in den vier Staaten soll auf dem Kongress auftauchen. So will man insbesondere die Abhaltung gemeinsamer Handelskammerkongresse anbahnen.

## Zur Räumung des Solinger Kreises.

Bermelskirchen, 4. Februar. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß am kommenden Sonnabend (7. Februar), mittags, die noch hier weilenden englischen Truppen Bermelskirchen endgültig verlassen werden. Der interalliierte Unterausschuß der Rheinlandeisenbahn hat verfügt, daß am genannten Tage die Eisenbahnkontrollposten in Bermelskirchen, Schaberg, Ohligs, Gräfrat und Engelskirchen zurückzuziehen sind. Damit wird Bermelskirchen, das seit 1918 englische Besatzung hatte, von Truppen frei.

Ohligs, 4. Februar. Die in Ohligs liegenden englischen Truppen, die die Bahnhofskontrolle ausüben werden am Samstag zurückgezogen und wieder ihren in Köln liegenden Truppenstellungen überwiesen. Die von ihnen belegten Baracken werden am Freitag wieder der Stadtverwaltung übergeben. Die bisherige Bahnhofs-, Polizei- und Güterkontrolle in Ohligs wird umgewandelt in eine R. L. O. (Railway Transport) Ohligs. Verkehrsüberwachungsstelle Ohligs. Der englische Offizier bleibt weiter als Leiter dieser Stelle im Amt. Ihm zur Seite stehen Dolmetscher. Es werden in Zukunft stichweise Kontrollen im Personen- und Güterverkehr vorgenommen, und zwar durch Militärpolizeivechte. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die bisherigen Vorbereitungen keine Aenderung erfordern.

### Weiterer Ausbau der Oberrheinwasserkräfte.

Waldbut, 4. Februar. Die an den Rheinabschnitt Konstanz-Basel grenzenden Städte und Gemeinden, die an dem baldigen einheitlichen Ausbau des Oberrheins als Schifffahrtsstraße und Kraftquellen großes Interesse haben, haben sich zur gemeinsamen Förderung des Ausbaus und der Wahrnehmung der dabei von den Gemeinden zu erfüllenden Aufgaben unter Führung der Stadt Konstanz zu einem Zweckverband mit dem Sitz in Konstanz zusammengeschlossen.

## Braun sucht bei der Regierungsbildung nach neuen Möglichkeiten.

Im Landtag fanden infrastrukturelle Sitzungen des Zentrums der Demokraten und der Sozialdemokraten statt. Ministerpräsident Braun berichtete über seine Besuche, ein Kabinett zu bilden, und erklärte, daß er die Berichte vorsezieren werde, da er noch nicht alle Möglichkeiten für erledigt halte. Wie die "Telegraphen-Union" von unterrichteter Seite erläutert ist damit zu rechnen, daß Braun noch einmal mit der Fraktion der Deutschen Volkspartei verhandeln wird. Jedenfalls werde er seinen Auftrag nicht vor Mittwoch oder Donnerstag zurückgeben.

All diese Verhandlungen haben dem Ministerpräsidenten gezeigt, daß er aus Unterstützung von Seiten der deutschen Volkspartei nicht rechnen kann. Wie konnten schon gestern die ablehnende Antwort dieser Partei aus dem Munde des Dr. von Kampf bringen. Wenn Braun auch noch nach Versicherung ihm nahestehender Kreise weitere Verhandlungen versucht unternehmen wird, so ist doch damit zu rechnen, daß er bald die völlige Ausstrosigkeit seiner Bemühungen erkennen und dann das Amt des Ministerpräsidenten, das ihm nur eine Konstellation aus nicht einmal der Hälfte des Landtages übertragen hat, endgültig zurückzugeben wird. Das am Donnerstag zusammenstehende Landtagsplenum müßte dann die Neuwahl vornehmen.

### Landeshauptmann Dr. Horion.

Die "Düsseldorfer Nachrichten" schreiben: "Wie wir erfahren, ist die Zentralisierung des preußischen Landtages erneut an den Landeshauptmann Dr. Horion gerichtet, um ihn zur Übernahme des Ministerpräsidentenpostens zu bewegen. Zu irgendwelchen Entschlüssen ist Landeshauptmann Dr. Horion noch nicht gelangt. Er wird aber in diesen Tagen nach Berlin fahren und seine weiteren Schritte von der Zuhörungnahme mit den maßgebenden Inzessionen in Berlin abhängig machen."

## Dr. Luther im Lichte eines englischen Urteils

Nach einer W. C. B.-Meldung aus London ist das bekannte konservative Parlamentsmitglied Sir Philip Dawson, eine der führenden Persönlichkeiten in der "industriellen Gruppe" des Unterhauses, gestern abend von einer vierwöchigen Reise durch Deutschland, Polen und die Randstaaten zur Untersuchung der Wirtschaftslage dieser Länder nach England zurückgekehrt. Sir Philip hat diese neue Informationsreise dazu benutzt, um vor allem auch in Deutschland mit den ihm bekannten zahlreichen hervorragenden Staatsmännern, Diplomaten, Wirtschaftlern, Industriellen und Finanzleuten wieder enge Führung aufzunehmen.

Besonders anerkennend äußerte sich Sir Philip über Reichskanzler Dr. Luther, den er bereits seit Jahren kennt. Er sah in ihm einen ehrlichen, vaterlandsliebenden und klugen Staatsmann, an dem nichts Militärisches sei, und der entschlossen sei, unter gezielter Erfüllung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen mit den übrigen Nationen an dem Wiederaufbau Europas nach besten Kräften mitzuarbeiten. Sir Philip sagte, er werde in der englischen Öffentlichkeit dafür eintreten, daß Dr. Luther volles Vertrauen entgegenbringe, und hob hervor, einen wie großen Anteil Dr. Stresemann an dem Gelingen der Londoner Konferenz und der Annahme des Dawes-Planes hätte. Er sagte ferner, das deutsche Volk vertraue auch Dr. Schacht ungeheuer viel. Er gab seiner stärksten Überzeugung Ausdruck, daß es durch Führer gelingen werde, Deutschland durch alle Klippen hindurchzusteuer.

Sir Philip äußerte sich sehr optimistisch über die Zukunft der deutschen Industrie und Deutschlands. Er sagte, ein so hoch entwickeltes Volk von 80 Millionen Menschen mit einer solchen Vergangenheit, mit so ungeheurem Fleiß und solcher Fähigkeit könne nicht ausgeschaltet werden und müsse wieder hochkommen.

## Der Abg. Hellmann als Zeuge in der Barmatuntersuchung.

Der Untersuchungsausschuß vernahm in den letzten Tagen den sozialdemokratischen Abgeordneten Hellmann als Zeugen. Er sagt, daß er Barmat im Jahre 1919 kennengelernt habe. Im Jahre 1917 habe Ebert Barmat kennengelernt und ihn zu einer Tasse Kaffee eingeladen. Später habe der Reichspräsident Barmat nicht mehr gesehen.

Zu den Prozeßvorschriften Julius Barmats äußerte sich Hellmann dahin, daß die "Berliner Volks-Zeitung" Barmat einen Großschreiber genannt habe, und der daraufhin von Barmat angefangene Prozeß fünf Vierteljahrre gedauert hätte, ohne daß in dieser Zeit schriftliche Beweisanträge dem Gericht vorgelegt worden

sieien. In den Prozeßvorschriften mit der "Kreuz-Zeitung" und "Deutschen Tagesszeitung" im Jahre 1922 haben die beklagten Redakteure Schriftserklärungen abgegeben.

Über den Verkehr Julius Barmats mit dem Polizeipräsidenten Richter erklärte Heilmann, daß Richter in Gegenwart Dritter zu Julius Barmat gesagt habe: "Wir können weiter gute Freunde bleiben, aber Freundschaft und Amt müssen streng voneinander getrennt werden". Diese Trennung sei für Richter stets maßgebend gewesen.

Heilmann erklärt weiter ausdrücklich, daß er aus seinen Aufsichtsratsposten in den Barmat-Firmen weder direkt noch indirekt jemals einen Pfennig erhalten habe. Auch seine sonstigen finanziellen Beziehungen zu Barmat hätten ihm keinerlei Einnahmen gebracht. Er habe höchstens vereinigte Beträge zurückempfangen.

### Barmat und die Sozialdemokratie.

Vorstand Deerberg stellt an Heilmann die Frage, ob irgend welche finanziellen Beziehungen zwischen Barmat und der Sozialdemokratischen Partei bestanden haben.

Heilmann erwidert darauf, daß Barmat niemals der Partei oder einzelnen Genossen Summen zur Verfügung gestellt habe, ohne sich vorher mit ihm ins Benehmen zu setzen. Heilmann gibt zu, daß die 15 000 Mark, die an das Abgeordnete Blatt gegeben wurden, von Barmat stammen. Weiter habe Barmat anlässlich der Dezemberwahl 1924 auf seine Bevollmächtigung hin die Summe von 20 000 Mark zur Verfügung gestellt. Abgeleitet von diesen größeren Beträgen habe Barmat nur hin und wieder kleinere Beträge gegeben. Diese seien nur in die Hunderte von Mark gegangen, und zwar in Fällen, wenn irgend ein Parteisekretariat sich wegen Geldverlegenheit an Barmat wende oder wenn einzelne Parteigenossen durch Krankheit in der Familie oder durch Stellenlosigkeit in Not geraten waren. Heilmann schätzt die gesamten Aufwendungen, die Barmat in einem Zeitraum von sechs Jahren an die Partei gab, auf etwa höchstens 30 000 Mark.

## Deutsches Reich.

### Zum Plan einer deutschen Akademie in München.

Berlin, 5. Februar. Aus München wird gemeldet: Der Plan in München eine deutsche Akademie zu errichten, ist nunmehr zur Bewirkung gelangt und kann nun in die Öffentlichkeit treten.

### Graf Westarp Vorsitzender der Deutsch-Nationalen Partei.

In der deutschnationalen Fraktionssitzung wurde Graf Westarp zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Die Wahl, die Graf Westarp annahm, erfolgte einstimmig.

## Eine wichtige rumänische Entscheidung in einem Währungsstreit.

Man schreibt uns aus Großwardein: "Die Tafel im Oradea-Mare (Großwardein) hat dieser Tage eine wichtige grundfeste Entscheidung gefällt, die für den Außenhandel Rumäniens von richtunggebender Bedeutung sein wird. Ein rumänischer Kaufmann begab aus dem Auslande (Tschechoslowakei) eine Partie Waren. Der Lieferant stellte die Faktura der Sendung in Tschechoslowakei aus. Der Schuldner zahlte nicht und erhob im Sinne des § 326 des Handelsgesetzbuches die Einwendung, daß er nur in inländischer Währung, das heißt in Lei zu zahlen habe. Die königl. Tafel hat diese Einwendung zu rüggen und auf die Bezahlung in effektiven Tschechenkronen erkannt. In der Begründung heißt es, daß der Schuldner im Sinne des Handelsgesetzes verpflichtet sei, in der bedungenen Valuta zu zahlen, sobald die Währung ausdrücklich mit dem Wort „effektiv“ bezeichnet ist. Mit Rücksicht darauf, daß der Erfüllungsort die Tschechoslowakei und die Faktura in fremder Währung ausgestellt war, gelte dies ebensoviel wie das Wort „effektiv“.

z. Bukarest, 2. Februar. Trotz allen gegenteiligen Melbungen können die rumänischen Anleiheschriften in London und New York als gescheitert bezeichnet werden. Diese Tatsache bedeutet einen schweren Schlag für die Politik der Brüder Brătianu. Dem Finanzminister Vintila Brătianu ist es nicht gelungen, die Bedenken der City bezüglich der Kreditfähigkeit Rumäniens zu überwinden. Wie verlautet, will die Bukarester Regierung es nunmehr auf dem holländischen, schwedischen und japanischen Finanzmarkt versuchen, eine höhere Anleihe zu begeben.

## Aus anderen Ländern.

### Um das Saargebiet.

Paris, 4. Februar. Die französische Regierung hat gestern der Kammer das Abkommen zugegeben lassen, das am 15. Januar in Paris zwischen der französischen Regierung und der Regierungskommission für das Saargebiet unterzeichnet wurde. Es handelt sich um Aufnahmen, die auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles beschränkt werden, wonach nach dem 10. Januar die zollfreie Einfuhr von Waren deutscher Herkunft aufgehört hat. Seit diesem Zeitpunkt ist das Saargebiet bekanntlich der französischen Zollregie unterworfen.

Das erste Abkommen betrifft den Tabak. Es schlägt vor, daß für das Saargebiet das Tabakmonopol nicht eingeführt werde, sondern daß die Tabakindustrie weiter zu belassen ist, jedoch mit der Bestimmung, daß nicht mehr Tabak in den Handel gehen darf, als pro Person 3 Kilogramm. Das zweite Abkommen betrifft die indirekten Steuern und regelt die für Einfuhr und Ausfuhr betreffenden Bestimmungen. Es sieht den Verbrauch von Alkohol per Kopf der Bevölkerung auf nicht mehr als 8½ Liter fest. Außerdem wird bestimmt, daß im Saargebiet die Umsatzsteuer, die Steuer auf Automobile, Motorräder und Fahrräder eingeführt wird.

Die Regierung verlangt die rasche Annahme dieser beiden Abkommen.

### Argentinien will seine Krupp-Kessel.

Genua, 3. Februar. Aus Buenos Aires wird gemeldet: Argentinien beharrt auf der Lieferung der bei Krupp bestellten Dampfkessel trotz des Eindrucks der Botschafterkonferenz. Gegebenenfalls wird Argentinien die Entscheidung des Börsenbundes annehmen.

### Der Nachfolger Sir John Bradbury.

London, 3. Februar. Lord Blanesburgh wurde als Nachfolger Sir John Bradburys zum ersten britischen Vertreter im Wiederaufbauausschuß ernannt. Von nun an wird dem Vermögen nach die Anwesenheit des Hauptvertreters in Paris nur noch zeitweilig notwendig sein.

### Vom amerikanischen Senat.

Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten in Washington nahm gestern die Berichte des Generalsekretärs Hughes und des Handelssekretärs Hoover entgegen. Er beschloß sodann eine Sitzung abzuhalten, um sich mit dem deutsch-amerikanischen Handelsvertrag zu beschäftigen.

### Was die Türkei will.

London, 4. Februar. Nach einer "Exchange"-Meldung aus Athen variierte der griechische Gesandte in Angora eine einstündige Verhandlung mit dem türkischen Minister des Außenfern. Die Türkei stellt sich auf den Standpunkt, daß die Ausweisung des Patriarchen auf Grund einer früheren Entscheidung der Bodenförderungskommission erfolgt sei. Eine weitere Meldung aus Athen sagt, daß die Türkei außer dem Patriarchen noch 34 Bischöfe und Priester ausweisen wolle.

Man erwartet in diesen Ausschreibungen einen Beweis für die Absicht der türkischen Regierung, das Patriarchat überhaupt abzuschaffen und die Griechen in Konstantinopel zur Auswanderung zu veranlassen. Es handelt sich um insgesamt 200 000 Griechen.

### Shanghai wird entmilitarisiert.

Paris, 4. Februar. Nach einer Ausschreibung aus Shanghai haben die Militäroffiziere von Shanghai beschlossen, die Stadt zu entmilitarisieren. Das Pekinger Kabinett wird erachtet werden einen Zivilkommissar der nationalen Verteidigung für Shanghai in Verbindung zu ernennen. Das Arsenal wird der chinesischen Handelskammer übergeben. Die Zurückziehung der Truppen aus Shanghai erfolgt in einigen Tagen. Es wird bestimmt, damit gerechnet, daß Peking gegen die Entmilitarisierung nichts einzuwenden hat.

### Zogul Pascha nicht gewählt.

Paris, 5. Februar. Wie aus Kairo gemeldet wird, ist die Wahl des Ausschusses, der die ägyptische Kammer zu wählen hat, ohne jegliche Störung vor sich gegangen. Zogul Pascha wurde nicht gewählt. Trotzdem ist es aber möglich, daß er in das Kabinett als Abgeordneter einzehen wird.

### Amerika bedenkt.

Washington, 5. Februar, 8.10 Uhr. Im Senat sagt heute Senator Johnson über die Mittelung des Staatssekretärs Hughes über das Pariser Reparationsabkommen, er sei sehr besorgt über die zu erwartenden Ereignisse. Das Abkommen bedeute eine neue europäische Politik. Für 21½ v. H. Anteil an den Reparationen hätten die Vereinigten Staaten sich in die Gefahr begeben, sich mit Europa zu vereinen. Hughes habe nicht erwähnt, daß irgendwelche Vorwände von den amerikanischen Vertretern gemacht worden seien. Mr. Johnson habe aber private Informationen, daß etwas desariges bestiehe und sich in den nächsten Jahren als von maßgebender Bedeutung erweisen werde.

### Die Wahlen in Kairo.

Kairo, 5. Februar. (8.50 Uhr.) Der Wahltag nahm einen ruhigen Verlauf. Nur in Mehalla Kebir, in der Nähe von Tanta, wurden bei Kundgebungen drei Personen durch Schüsse verletzt und 6 Polizeibeamte sowie 2 Soldaten verwundet.

### In kurzen Worten.

In Pariser Börsenkreisen herrschen erneute Befürchtungen für einen neuen Frankensturz.

Die Planistin Leginska, die seit einer Woche vermisst wurde, ist aufgefunden worden. Sie leidet an Nervenschwäche und Gedächtnisschwäche.

Eduard von Gebhardt, der große deutsche Maler, ist im Alter von 84 Jahren in Düsseldorf gestorben.

Der Oberste Gerichtshof in Washington hat es abgelehnt, der Schweizer Nationalen Versicherungsgesellschaft ihr auf eine Million Dollar geschätztes Eigentum zurückzuerstatten, das nach dem Kriege beschlagnahmt war. Der Gerichtshof begründet dies damit, daß die Gesellschaft mit Deutschland während des Krieges Geschäfte angeknüpft habe.

Die amerikanische Riesoldsfahrt gestaltet es nicht, daß England die größte Eiche der Welt besitzt. Diese Rieseneiche, deren Stamm einen Umfang von 47 Fuß aufweist, stand in dem Park eines Landgutes bei Keeting in Süden England. Der Baum ist jetzt für einen hohen Preis nach Amerika verkauft worden. Er wurde mit großer Vorsicht ausgegraben und befindet sich nun auf dem Wege nach Amerika.

Der Wiener Sowjetgesandte Joffe ist von seinem Posten abberufen und zum Botschafter in Tokio ernannt. Zu seinem Nachfolger in Wien ist der Präsident einer staatlichen Exportgesellschaft, Lauter, ausgesessen.

Bei der gestrigen Rede des Präsidenten der irischen Republik, Cosgrave in Dublin, ist es zu schweren Auseinandersetzungen gekommen. 20 Polizisten waren damit beschäftigt, die Verhandlungssäule hinauszutragen.

## Letzte Meldungen.

### Besprechungen.

Paris, 5. Februar. (11 Uhr.) Über die gestrige Unterredung zwischen Ministerpräsident Herrnsti und Lord Crewe berichtet "Petit Parisien", man habe Grund zu der Annahme, daß hauptsächlich die wichtigen Fragen besprochen worden seien, die gegenwärtig die beiden Kabinette beschäftigen, nämlich die Frage der französischen Schulden bei England und die der Aufrechterhaltung der Nördner Belagerung. Was die letztere Frage betrifft, so sei sie auf das engste mit dem Sicherheitsproblem verknüpft. Der englische Botschafter sei davon überzeugt, daß man die Sicherheit und einen dauerhaften Frieden nur erreichen könne, wenn man das Vertrauen in allen europäischen Ländern wiederherstelle, sowohl politisch wie wirtschaftlich. Es sei wahrscheinlich, daß Lord Crewe bei dem Frühstück, das die Gesellschaft der Freunde Frankreichs heute veranstaltet und in dessen Verlauf er das Wort ergreifen werde, sich darüber aussprechen werde. Nicht unwahrscheinlich sei es, daß auch der griechisch-türkische Konflikt Gegenstand der Erörterungen gewesen sei und daß sowohl die Regierung in Paris wie die in London bemüht seien, einen Ausgleich zu schaffen, der in Athen und in Angora angenommen werden könnte.

### Italienischer Druck in Tirol.

Rom 5. Februar. Im Senat wurde gelegentlich der Beratung des Unterrichtsministers von mehreren Professoren die Studienseform des Minister Gentile eingehend kritisiert. Allsdann sprach Volomei über die Schulzustände in Südtirol. Er brachte den Wunsch aus, daß die bisherige Schulpolitik des Minister Gentile und Casati weitergeführt werde. Die letzten Kameraden der Abgeordneten von Tincal und Serrabach hätten gezeigt, daß der deutsche Verband weder seine Lehrreform noch seine Tätigkeit ändere. Deutschland werde in wenigen Jahren wieder stark sein, und während dieser Zeit müsse unbedingt die Bevölkerung von Südtirol assimiliert sein.</p



Am 3. Februar starb nach langem, schwerem Leiden mein lieber, guter Mann, des Kindes treu-forgender Vater, unser lieber Sohn, Schwieger-sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der

Landwirt

## Reinhold Fitzner

Die trauernden Hinterbliebenen.

Zwola, p. Santomischel, den 3. Februar 1925.  
Die Beerdigung findet am Sonntag nachm.  
3 Uhr vom Trauerhause aus statt.



Am 3. Februar nahm der Herr ebenfalls plötzlich meine gute Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, Frau

Landwirt

## Pauline Fitzner

zu Sich in die Ewigkeit.  
Dies zeigen schmerzerfüllt an  
Die trauernden Hinterbliebenen

Zwola, p. Santomischel, den 3. Februar 1925.  
Die Beerdigung findet gleichfalls Sonntag,  
nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Am 3. Februar, morgens 6 Uhr, verschied  
sanft unsere innig geliebte, treu-forgende Mutter,  
Schwiegermutter und Großmutter, Frau

## Bertha v. Kochanowski

geb. Rudath.

In tiefer Trauer  
im Namen der Hinterbliebenen  
Otto v. Kochanowski, Apotheker.

Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags  
3 Uhr, von der Leichenhalle des Matthäi-Friedhofs  
aus statt.

Nach langem schweren, mit Geduld  
ertragenen Leiden starb plötzlich und un-  
erwartet unsere liebe Mutter, Schwester  
und Cousine,

## Frau Regina Berne

geb. Seeligsohn

im 64. Lebensjahr.  
Im Namen der Hinterbliebenen  
Sigismund Berne.

Poznań, den 4. Februar 1925.  
(Röm. Szymański 4).

Die Beerdigung findet am Sonntag, dem  
8. d. Ms. um 3 Uhr von der Leichenhalle des  
hiesigen jüdischen Friedhofs aus statt.

## Hackmaschinen

System „Woolnough“

(wie von Dehne gebaut)

## für Getreide und Rüben

liefert bei rechtzeitiger Bestellung in

allen Breiten — desgl. Hackniesse

## Woldemar Günter

Landw. Maschinen und Bedarfssartikel,  
Fette u. Öle.

Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego 6. — Tel. 52-25.

## Peking-Enten zur Zucht

sucht zu kaufen.

Angeb. erh. an Konserv. Lubosz, von Wiedzychód.

Die weltberühmten „Loma“

## Lupinen-

## Entbitterungs- und Kartoffeldämpf-Anlagen

liefert als Spezialität

## Woldemar Günter

Landwirtschaftliche Maschinen und Bedarfssartikel  
Fette u. Öle.

Poznań, Sew. Mielżyńskiego 6. Tel. 52-25.

## Spielplan des Großen Theaters.

Donnerstag, den 5. 2. „Aida“ Gasspiel M. Sowilsti.  
Freitag, den 6. 2. „Legenda Baltszu“  
Sonntagabend, den 7. 2. „Die Jüdin“, Gasspiel M. Sowilsti.  
Sonntag, den 8. 2., 3 Uhr: „Krakowiacy i Górale“  
Sonntag, den 8. 2., 7 Uhr: „Boheme“  
Montag, den 9. 2. „Tannhäuser“, letztes Gasspiel Sowilsti.

Ueberjeche  
deut. ch.-poln. u. u. billig.  
Uebernehmen auch Arbeitn. v.  
Lan. e. Angeb. unt. 2. 2710  
an die Geschäftsst. d. Blattes.

Tüchtiger, intellig. Land-  
wirt (inter), deutsch-poln.,  
27 Jahre alt, der zugunsten  
einer Schwester aus elterlicher  
Wirtschaft verz. will, wünscht  
die Bekanntmachung einer Land-  
wirtstochter, zw. 25

## Einheirat.

4000 Zloty Vermögen vorh.  
Einfamilien-Zuchthaus mit  
Bild bitte unter Nr. 2709 an  
die Geschäftsst. d. Bl. zu richten.

Kräftigen Burischen sucht zu sofort  
Alfred Born, Oberösterreicher.

Gut. Post. Bahnstation Kotniki.

Deutsche höhere Privatschule in Kowno  
sucht zum 1. April 1925

## Lyzeal-Lehrerin

Bedingung: polnische Staatsangehörigkeit u. Prüfung eines  
Oberlyzeums oder einer entsprechenden Anstalt. Angebote an

Ziegeleibesitzer R. Winkel, Keynia.

Suche zum 1. März oder später  
Hauslehrer(in)

(mit Unterrichtserlaubnis), für meine 3 Söhne  
im Alter von 11, 9 und 7 Jahren. Beug-  
nisse, Gehaltserlöse sind zu senden an

Rittergutsbes. Wilhelm Beyme  
Włosciejewki, Książ, pow. śremski (Kreis ząbkow).

Berh. Förster,  
fath., 38 Jahre alt, sucht vom

1. 4. 25 oder später anderweitige  
Dauerstellung. Bin  
in sämtlichen Forstarbeiten ver-  
traut. In Cherei, in Hoch- und  
Niederjagd. Gute Beugnisse  
sind vorhanden. Ges. offert.  
bitte mit 2731 an die Ge-  
schäftsst. d. Bl. zu richten.

Landwirtschaftssohn, engl., 18 J.  
alt, sucht zum 1. 4. Stelle als

## Eleve.

2 Sem. Winterchule, erw. Poln.  
Off. unt. B. 2690 an die  
Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Suche zum 1. April oder  
früher eine

Stelle als Eleve  
auf einem Gute zur Erler-  
nung der Landwirtschaft. Bin  
18 Jahre alt, erw., bei höherer  
Schulbildung und gute Beugnisse.  
Ges. offert. A. B. 2679 an  
die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Aufseher,  
24 Jahre alt, angestellter  
Kavallerist, im Besitz gute  
Beugnisse, sucht auf einem Gute  
Stellung. Off. u. N. 2740  
an d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Junge Forstmann  
sucht Stellung als

Hilfsförster  
Förster oder Jagdausseher  
20 Jahre alt, 180 groß der  
poln. und deutsch. Sprache  
sowie Schrift mächtig, 6 Jahre  
in staatl. Forst tätig. Bin mit  
sämtlichen Forstarbeiten sowie  
höher und Niederjagd vertraut.  
Gute Beugnisse und Referenz.  
Angeb. an Wincent Szub-  
lewski, Forstsch. Szczekoci-  
p. Budzyn, pow. Chodzież.

Junge Ingenieur,  
engl., im Deutschen u. Polnischen  
perfekt, die Maschine schreiben  
kann und mit sämtlichen Büro-  
arbeiten vertraut ist, sucht zum  
1. März Stellung als

Bürokrat oder  
Gutssekretärin.  
Ges. Angeb. unt. 2. 2725  
an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Junges engl. Mädchen, 18—20  
Jahre alt, als Stell. der  
Hausfrau in l. Stadt nahe  
Poznań mit Familienanschluß  
zum 1. März gesucht. Off.  
mit Bild erbeten an Paul  
Zellmer, Swarzedz, ulica  
Młyńska 2.

Junger Ingenieur,  
mit Kenntnissen im allgemeinen  
Maschinenbau, sucht gestigt  
auf la Prüfungs-Beugnisse.

Stellung.  
Offeren unter 2020 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Neuenbeschäftigung  
sucht junger strebsamer Ingenieur. Kenntnisse im allgem.  
Maschinen-Bau, Autobau. Ab 5 Uhr nachm. frei.  
Ges. Off. unt. 2702 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

## Zuchtviehversteigerung.

Die Pommerellische Herdbuch- u. Schweinezuchtgesellschaft  
in Toruń veranstalten

am Freitag, dem 20. März d. Js. um 10 Uhr vorm.  
auf dem Städtischen Schlachthofe in Grudziądz eine

## Zuchtvieh- u. Schweine-Auktion.

Zur Versteigerung gelangen:

erstklassige Zuchtbullen mit voller Abstammung  
Kühe und Fürsen des schwarzbunten Niederungsschlages, sowie  
Eber u. Sauen des großen weißen Edelschweines (Yorkshire).

Kataloge werden auf Wunsch den Interessenten von der  
Geschäftsstelle des Pomm. Towarzystwo Hodowców Bydła  
(Herdbuchgesellschaft) Toruń ulica Prosta 18/20 ein-  
gesandt und am Tage der Auktion am Ein-  
gang zum Auktionsplatz erhältlich sein.

## Möbl. Zimmer

per sofort abzugeben. ul.  
Gen. Kościuszki (früher  
Blücherstr.) 15 II b. Werner

## Größeren Posten

## Himbeersetzlinge

zu kaufen gesucht. Angeb. an „Par“ Poznań, Al. Marcink-  
owskiego 11 unter Nr. 5, 173.

## Zwei möbl. Zimmer,

Nähe d. Botanischen Gartens,  
per sofort zu vermieten. eventl.  
zusammen od. getrennt. Näherset:  
Hennig, Poznań, Semiradzkiego 8 I.

## möbliertes Zimmer

zu vermieten  
Głogowska 98 III. Gartenh.

## Möbl. Zimmer

ohne Betten und Wäsche von  
sofort zu vermieten.  
Poznań, Skarbowa 15 II 1.

## Möbl. Balkonzimmer

vom 15. 2. 25 zu vermieten.  
Poznań, ul. Jeżycka 45 III.

## Gut möbliertes

Zimmer  
zu verkaufen:  
1 Reitpferd  
serner 1 Hengst,  
Gutsverw. Górzno, per Garzyn, pow. Leszno.

## Zu verkaufen:

## 1 Reitpferd

(Normane). Fuchs, 9 jährig,  
pass. f. älter Herrn. Gewichtsträger,  
1 u. 2 pänzig gefahren,  
6 jähriger Fuchs, dunkel,  
Mutter Pojen. Halbbraun,  
Vater Belgier. fehlerfrei.

Gutsverw. Górzno, per Garzyn, pow. Leszno.

## Arbeitsmarkt

## Lehrer oder Hilfskraft, vertretungsw.

zu sofort gesucht. Bei Auflösung der Schule evtl. Ausstellung  
als Privatlehrer(in). Gehalt monatlich 140 zł Wohnung  
vorhanden. Gefällige Angebote unter „Gut“ 2732 an die  
Geschäftsstelle dieses Blattes.

## Suche zum 15. 3. oder 1. 4. 1925 jüngeren

## landwirtschaftl. Beamten

ev. beider Landessprachen mächtig, für Beauf-  
sichtigung der Leute. Gehalt nach Vereinbarung.

Jr. Baymann, Gutsbes. Bierżlin, p. Wrzesnia.

## 2 bis 3 ältere Stellmacher

zu Anfertigung von offenen Wagentassen  
aller Art verlangt sofort

Wagensfabrik J. Martin, Gniezno (Gnesen).

## Evgl. Diener

zum 1. 4. für kleinen Landbaushalt gesucht. Verheiratet oder  
unerheiratet. Beugnissabdrücken u. Photographie einsenden.

v. Heydebreck, Grabów nad Prosną.

## Lehrling,

Sohn achtbarer Eltern, mos., suche bald oder später für mein

Eisenwaren-Geschäft.

Jakób Lippmann, Nowy Tomyśl.